Lagemaß

infas

Messen – Denken – Forschen – Gestalten
Ausgabe 10 | 12.2020

aushalten

3 Editorial
4 Corona im Verlauf
10 Corona – die Historie
11 Bürgerbeteiligung unter der empirischen Lupe
14 Ein Plädoyer für Qualität und Aktualität
16 Studien zur Corona-Pandemie
18 aushalten: Eins-zu-eins-Konzerte
27 Corona und die Mobilität – verkehrt gewendet?
30 Einen Zielkonflikt aushalten …
32 Interviewertätigkeit in Corona-Zeiten
35 Falscher Freund
37 Wie die Erfahrung von Interviewern die Datenqualität beeinflusst
40 Hochrechnen zulässig
42 Splitter
43 Impressum

Editorial

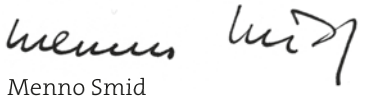
Als wir Anfang des Jahres entscheiden mussten, welchen Titel diese Ausgabe bekommen sollte, konnten wir noch nicht wissen, dass das Thema „Aushalten“ derart relevant werden würde. Die Corona-Pandemie muss ausgehalten, Rechts- und andere Populisten müssen ertragen werden. Und wenn es um die Klimakrise geht, sagt der Mitbegründer des Club of Rome, Dennis Meadows, sei ebenfalls Resilienz, also die Fähigkeit, etwas auszuhalten, gefordert. Denn ihre Folgen werden sich nicht mehr verhindern lassen.

Dass die Welt die Corona-Pandemie mit all ihren teils bitteren Auswirkungen ertragen muss, heißt aber nicht, dass dies für die Bevölkerung nur negativ ist. Sie sieht auch Chancen, wie Studien von infas zeigen – vielleicht ist die Pandemie sogar Grundlage für eine Rückbesinnung auf das Wesentliche. Zudem zeigt sich, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung den Stresstest besteht, sehr besonnen und sachlich mit der Krise umgeht und in bestimmten Aspekten ihr Verhalten ändert.

Allerdings: Dass auf Corona das „neue Normal“ mit Konsumverzicht und verantwortungsvollem ökologischem Handeln folgt, wie zuweilen postuliert, wird mehrheitlich angezweifelt. Aber manche einzelne Aspekte werden hinterfragt und ändern sich tatsächlich. Auf dem Prüfstand stehen etwa die Arbeitswelt, Beispiel Homeoffice, die Mobilität und grundlegendere Fragen dazu, welche Prioritäten die Gesellschaft setzen sollte: kompletter Lockdown versus Schutz einzelner Gefährdeter, um die Wirtschaft möglichst aufrechtzuerhalten.

Aushalten – manchmal negativ konnotiert – ist demnach eine mächtige Fähigkeit, um bestehende Errungenschaften zu stärken, Widerstände zu überwinden und positive Änderungen anzustoßen. Dennoch: Man braucht Kraft, „das Sein zu ertragen“ (G. W. F. Hegel).

Ihr



Menno Smid
Geschäftsführer

Corona im Verlauf

Wie es der Bevölkerung bisher mit der Pandemie ergeht

Von Joachim Scholz

Als Anfang des Jahres erste Medien über SARS-CoV-2 berichteten, jenes damals ominöse Virus, das sich in der hierzulande weitgehend unbekannten Stadt Wuhan ausbreitete, taten wohl die meisten das als den berühmten Sack Reis ab, der in China umgefallen war. Kaum jemand hatte zu diesem Zeitpunkt auch nur eine Ahnung davon, was da auf die Welt zukommen würde und wie sie sich binnen weniger Wochen ändern würde: Plötzlich zeigten die Nachrichtensender Bilder von Kühlwagen vor Krankenhäusern für die Toten, etwa in Bergamo oder New York, leere Autobahnen und Flughäfen, verwaiste Schulen, Büros und Geschäfte. Grenzen wurden geschlossen, Masken zur Pflicht. Bund und Länder brachten in kürzester Zeit ein gigantisches Konjunkturpaket auf den Weg, um Schaden abzuwenden, und setzten temporär Grundrechte außer Kraft. „Das Virus ist eine demokratische Zumutung", so Kanzlerin Merkel auf ihrer Sommerpressekonferenz.

Während Unternehmen, Institute und Universitäten ab März damit beschäftigt waren, ihre Prozesse den neuen Gegebenheiten anzupassen und Schutzmaßnahmen für die Belegschaft zu entwickeln, sind parallel unter massivem Zeitdruck einige empirische Studien mit unterschiedlichen Schwerpunkten rund um die Corona-Pandemie entwickelt worden (siehe auch Seite 16).

Auch infas hat im März eine Studie aufgesetzt, die bis heute läuft. Im Fokus stand und steht dabei die Frage, wie die Bevölkerung die Auswirkungen der Epidemie bewertet. Für sich selbst, für die Gesellschaft, bezogen auf verschiedene Lebensbereiche. Die Erhebung ist thematisch breit angelegt und umfasst die Einschätzung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Auswirkungen der Situation auf die Bundesrepublik. Wir fragen auch nach den Sorgen und dem persönlichen Umgang mit der Pandemie. Zudem erheben wir, welche Auswirkungen insbesondere in Lockdown-Zeiten auf das Arbeitsleben, das Einkaufsverhalten und die Kinderbetreuung erlebt wurden. Nicht zuletzt messen wir Infektionserfahrungen, die direkt, im familiären oder weiteren Umfeld gemacht wurden.

Zur Studie

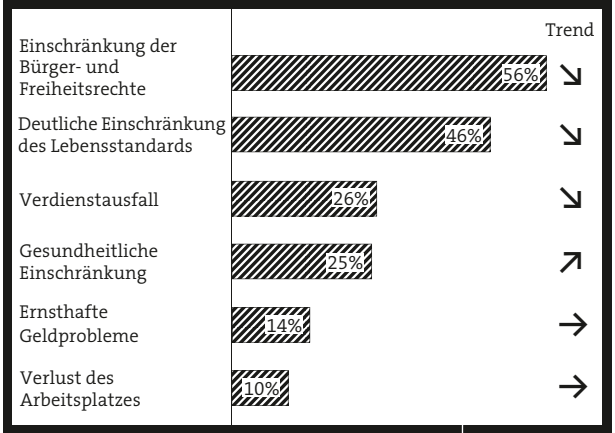
Die Fragen zur Corona-Pandemie wurden im Rahmen der infas-Mehrthemenbefragung mit erhoben. Dabei handelt es sich um eine monatliche telefonische Befragung (Dual Frame, 60 Prozent Festnetz/40 Prozent mobil) von rund 1.000 Personen der Bevölkerung der Bundesrepublik ab 18 Jahren, basierend auf einer Zufallsstichprobe. Neben den Fragen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie, die seit April 2020 erhoben werden, gibt es einen Fragenblock zum infas-Lebenslagenindex (ilex).

Längsschnittuntersuchung mit Lebenslage

Zwei Eigenschaften zeichnen die infas-Erhebung aus. Sie ist keine Momentaufnahme, sondern wird seit April mit monatlich rund 1.000 Personen der deutschen Wohnbevölkerung ab 18 Jahren als Längsschnittstudie durchgeführt. Sie eignet sich demnach dafür, Veränderungen im Zeitverlauf auszuweisen. Im Ergebnis entsteht ein detailliertes Bild vom Beginn der Pandemie bis zur vorsichtigen Rückkehr zur Normalität. Die Entscheidung, sich nicht auf eine Momentaufnahme zu beschränken, hat sich im Nachhinein als richtig herausgestellt. Die bisherige Entwicklung war keineswegs linear und absehbar: Nach dem Lockdown im Frühjahr gab es eine erste Entspannung und Erleichterung in den Sommermonaten, die inzwischen wieder in eine Anspannung umgeschlagen ist. Zum Entstehungszeitpunkt dieses Artikels, im November, ist die zukünftige Entwicklung schwer zu prognostizieren.

Eine weitere Eigenschaft, die die infas-Studie zur Corona-Pandemie besonders macht, ist, dass sie gemeinsam mit der Befragung zum infas-Lebenslagenindex (Ilex) durchgeführt wird. Dieser Indikator, der bereits

Erwartungen für die kommenden sechs Monate: Selten Sorgen um den Job



Im April n = 1.000
Quelle: infas-Mehrthemenbefragung, 2020

infas

seit 2007 von infas gemessen wird und über den im Lagemaß bereits mehrfach berichtet wurde, unterscheidet sich von anderen Gesellschaftsindizes dadurch, dass er neben der ökonomischen Situation die Lebensbedingungen und die Zukunftserwartungen berücksichtigt. Erfragt wird für den Ilex beispielsweise, wie sehr man sich der Gesellschaft zugehörig fühlt, wie viel man sich im Vergleich zum eigenen Umfeld leisten kann, welche Erwartungen man an die eigene Zukunft und die der Bundesrepublik hat. Personen mit niedriger Lebenslage fühlen sich eher abgehängt und finanziell benachteiligt und sehen tendenziell pessimistisch in die Zukunft. Personen mit hoher Lebenslage hingegen sind nach eigener Ansicht fest in die Gesellschaft integriert, finanziell gut ausgestattet und haben positive Erwartungen an die Zukunft.

Sorgen bei niedriger Lebenslage

Der Ilex selbst und seine zahlreichen Einzel-Items zur Lebenssituation ermöglichen eine tiefgreifende Einordnung der Antworten auf die Corona-Fragen, die über die übliche Differenzierung nach soziodemografischen Eigenschaften weit hinaus geht.

Generell blickt die Bevölkerung seit Beginn der Krise relativ zuversichtlich in die Zukunft. Nach den Erwartungen für die kommenden sechs Monate gefragt, gibt im April nur ein Viertel an, einen Verdienstausfall zu befürchten – Tendenz sinkend. Nur 14 Prozent sorgen sich, ernsthafte Geldprobleme zu bekommen. In der Bevölkerungsgruppe mit einfacher Lebenslage haben laut unserer jüngsten hier berichteten Messung im Oktober 41 Prozent die Befürchtung geäußert, ernsthaft in finanzielle Nöte zu kommen.

Hier und an anderer Stelle zeigt der Ilex, dass die deutsche Bevölkerung in der Art und Weise, wie sie die Corona-Pandemie gegenwärtig wahrnimmt, zweigeteilt ist: Personen mit einer niedrigen Lebenslage erleben die Bedrohungen durch das Virus völlig anders als solche mit mittlerer oder hoher Lebenslage. Besonders zu Beginn der Corona-Ausbreitung und zuletzt auch mit den steigenden Infektionszahlen befürchteten Erstere existenzielle Sorgen in allen Bereichen: Die Angst, selbst an dem Virus zu erkranken, aber auch, in diesem Fall nicht hinreichend medizinisch versorgt zu werden, ist deutlich ausgeprägter. Die Sorge, arbeitslos zu werden, ebenfalls. Während der Anteil derer, die im April Angst um ihren Arbeitsplatz hatten, insgesamt bei rund 10 Prozent liegt, befürchtete dies mehr als jeder Fünfte mit niedriger Lebenslage. Auch die Prognose für die eigene wirtschaftliche Zukunft, aber auch die der Bundesrepublik insgesamt fällt in dieser Bevölkerungsgruppe düsterer aus.

Menschen mit besserer Lebenslage hingegen waren wesentlich gelassener, sowohl was die eigene Situation betrifft als auch in der Einschätzung, wie robust Deutschland im Umgang mit der Krise und ihren Auswirkungen sein wird. Befragte mit hoher Lebenslage hatten im April beispielsweise deutlich weniger Angst davor, sich mit dem Coronavirus anzustecken (29 Prozent), als die mit mittlerer (38 Prozent) oder niedriger (41 Prozent) Lebenslage.

Zum ersten Höhepunkt der Infektionszahlen im April hat noch annähernd die Hälfte der Bevölkerung eine deutliche Einschränkung des Lebensstandards für die nächsten Monate erwartet. In den Sommermonaten ist der Anteil auf nur noch knapp ein Drittel gesunken, zuletzt näherte er sich wieder dem April-Wert an. Auch hier sind deutliche Unterschiede je nach Lebenslage messbar. Im Oktober etwa sorgten sich in der Bevölkerung mit hoher Lebenslage 10 Prozent, mit mittlerer 28 Prozent und mit niedriger 62 Prozent um ihren Lebensstandard.

Gesundheitliche Einschränkungen werden in den vergangenen Monaten stabil von jedem Fünften erwartet. Im Oktober ist dieser Wert deutlich auf 31 Prozent angestiegen. Auch hier ist die Sorge bei Menschen mit niedriger Lebenslage mit einem Anteil von rund 50 Prozent wesentlich weiter verbreitet.

Unaufgeregte Einschätzung in der Bundesrepublik

Auch wenn die Bevölkerungsgruppe mit niedriger Lebenslage angespannter auf die Pandemie und ihre Folgen blickt, kann für die Gesamtbevölkerung eine entspannte Haltung konstatiert werden. Das mag damit zusammenhängen, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern bisher glimpflich durch die Krise gekommen ist und vergleichsweise wenig Todesfälle zu beklagen hat.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat die Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie bisher gelassen genommen: Bürgerrechtliche Vorbehalte („Freiheit und Bürgerrechte in Gefahr“) bleiben angesichts des coronabedingten „Exekutivföderalismus“ vergleichsweise niedrig und stabil um 30 Prozent. Der Anteil derer, die weitere Einschränkungen der Bürger- und Freiheitsrechte erwarten, ist seit dem Lockdown von 56 Prozent auf 38 Prozent im August deutlich gesunken und zuletzt wieder im Steigen begriffen. Diese Besorgnis ist im Grunde nicht weiter ver-

wunderlich, wurden doch mit dem ersten Lockdown im Frühjahr und erneuten Einschränkungen ab November tatsächlich Bürger- und Freiheitsrechte eingeschränkt.
Seit der ersten Befragung im April 2020, als im Zuge einer kurzfristig neuartigen Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern erstmals umfangreiche Lockdown-Maßnahmen umgesetzt wurden, hat sich das Vertrauen der Bevölkerung in staatliches Handeln dynamisch verändert: Im April, während der weitreichenden Einschränkungen, gaben 45 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger an, ihr Vertrauen in staatliches Handeln sei gestiegen. Dieser Wert ist mit der zwischenzeitlichen Beruhigung der Situation auf 26 Prozent im Oktober gesunken.
Der Aussage, dass die Krise zeige, dass das föderale System hinderlich für ein gutes Krisenmanagement sei, stimmt mehr als ein Drittel der Bevölkerung zu, ein knappes Drittel nicht und ein weiteres ist indifferent. Menschen mit höherem Bildungsabschluss lehnen die These mehrheitlich eher ab.
Dass durch die Corona-Krise die Schwächen des Gesundheitssystems deutlich werden, konstatierten zu Beginn der Pandemie und im Oktober mehr als zwei Drittel der Bevölkerung. In den Sommermonaten war zwischenzeitlich nur mehr jeder Zweite dieser Meinung.

Herbe, aber nicht existenzielle Einbußen

Zugleich hat kaum jemand Zweifel daran, dass Corona gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaft haben wird. Es ist ein im Zeitverlauf stabiler Konsens, dass die Arbeitslosenquote in Deutschland aufgrund der Pandemie steigen wird. Praktisch alle Bundesbürger teilen diese Erwartung. Zwei Drittel der Bevölkerung waren im April überzeugt, dass die Wirtschaft durch die Pandemie überfordert wird. Dieser Wert ist zuletzt etwas gesunken, nachdem es erste Signale gab, dass die ökonomischen Auswirkungen möglicherweise geringer sein werden als anfangs befürchtet. Etwa jeder zweite Bundesbürger befürchtete im April, dass sich der Staat zu sehr verschulden werde. Im Juni, als das umfassende Corona-Konjunkturpaket verabschiedet wurde, waren sogar 63 Prozent davon überzeugt.
Lediglich ein Drittel befürchtet indes, dass die Renten künftig nicht mehr sicher seien. Insbesondere die Rentner selbst haben hier selten Sorgen. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass zwar deutliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft, allerdings keine existenzielle Gefährdung erwartet werden.
Kaum jemand bezweifelt, dass die Corona-Pandemie den digitalen Wandel beschleunigt. Ursächlich für dieses Ergebnis dürfte der kurzfristig starke Anstieg der Arbeit aus dem Homeoffice sein (siehe auch Seite 35). Auch die massiv gestiegene Zahl der Videokonferenzen als Ersatz für Geschäftsreisen, hat wohl zu dem Eindruck beigetragen. Am ehesten zweifeln Schüler und Studenten diese Aussage an, obwohl sie vielfach nach Hause in den digitalen Unterricht geschickt wurden. Möglicherweise war in ihrem Alltag die Digitalisierung bereits vor der Krise so weit fortgeschritten, dass die digitalen Neuerungen durch Corona nicht weiter beeindrucken.

Das neue Normal nach Corona?

Während die Fortschritte in der Digitalisierung vermutlich die Pandemie überdauern werden, wird spekuliert, ob auch weitere positive Effekte auf die Gesellschaft zu erwarten sind. Die These lautet, dass der harte Einschnitt durch Corona dazu führen wird, bestimmte Verhaltensweisen zu ändern oder Wertvorstellungen zu hinterfragen. In der Bevölkerung herrscht eine differenzierte Einschätzung dazu, die sich mit der Zeit gewandelt hat.
Besonders zu Beginn der Pandemie und während des ersten Lockdowns war die Zuversicht groß, dass es zu positiven Veränderungen kommen werde: So waren im April 45 Prozent der Ansicht, dass der Zusammenhalt in der Gesellschaft größer wird. Inzwischen, mit einer ge-

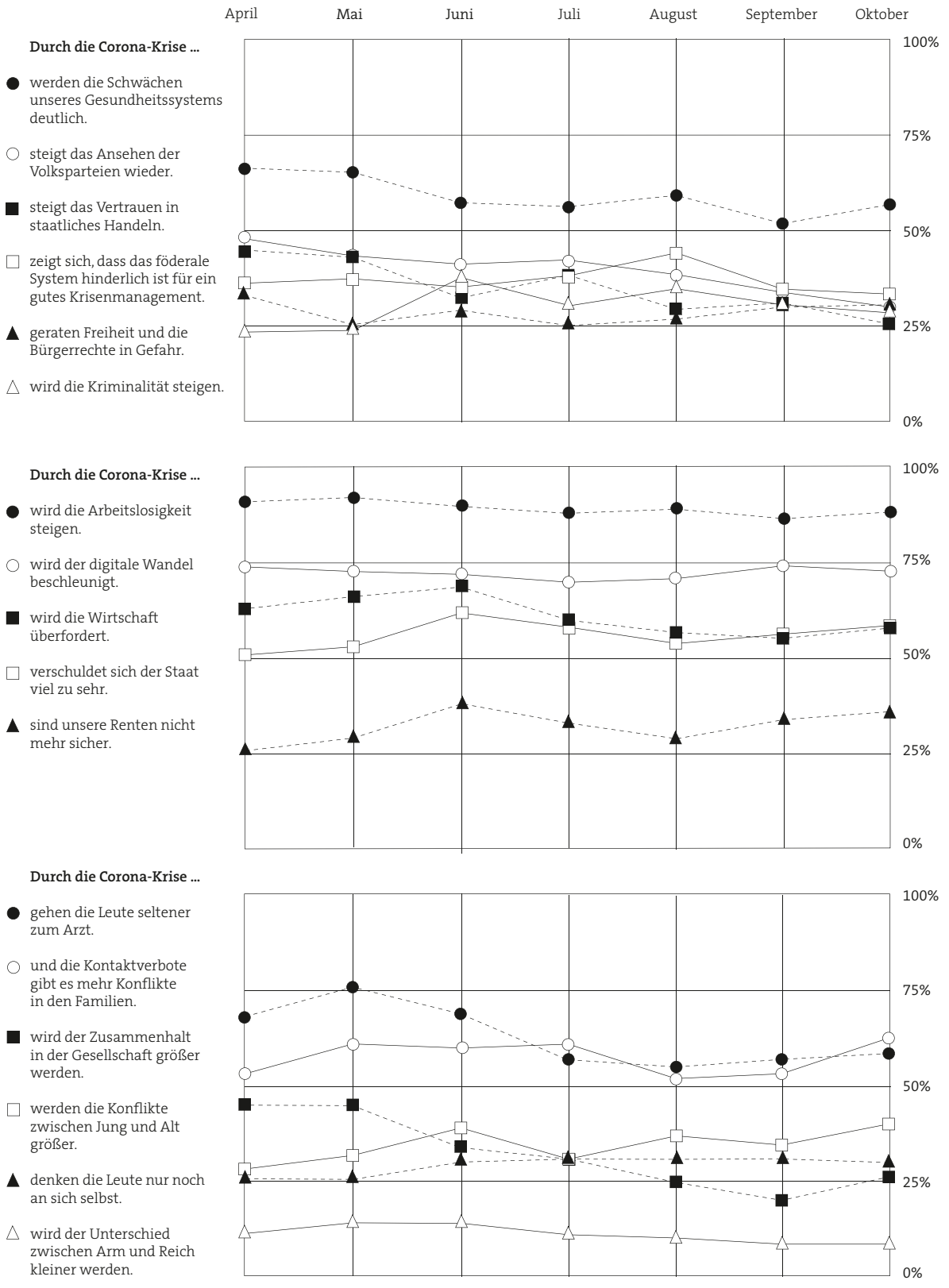
Exkurs: Arbeitswelt

Die Arbeitswelt in Deutschland ist bisher ohne größere Blessuren durch die Pandemie gegangen, mit Ausnahme der Gastronomie-, Hotellerie- und Eventbranche und der Selbstständigen insbesondere im künstlerischen Bereich. Eine deutliche Mehrheit hat während der Krise in etwa so weiter gearbeitet wie zuvor. Nur jeder Zehnte musste partiell deutlich mehr oder deutlich weniger arbeiten. Kompensiert wurde durch Abbau von Überstunden (21 Prozent) oder auch Kurzarbeit, Freistellungen oder Zwangsurlaub. Der Umgang der Unternehmen mit der Pandemie wird mehrheitlich gelobt, mit Ausnahme der Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Hier waren alle Institutionen überfordert und Eltern auf sich selbst gestellt. Die Schutzmaßnahmen gegen das Virus, das Informationsverhalten der Geschäftsführung oder unmittelbaren Vorgesetzten und die Arbeitszeitregelung werden von den Beschäftigten überwiegend gut bewertet.
In den Branchen, wo es technisch überhaupt realisierbar ist, wurde auch die Option, im Homeoffice zu arbeiten, von einer großen Mehrheit begrüßt. Rund 34 Prozent nutzten diese Option – jeder Dritte, mittlerweile weniger als jeder Fünfte. Spitzenreiter sind dabei die Branchen Banken, Finanz- und Versicherungsdienstleister sowie Information und Kommunikation, in denen mehr als jeder Zweite auch im August noch ganz oder teilweise im Homeoffice tätig war.

Exkurs: Einkaufsverhalten

Kein Klopapier, keine Nudeln, keine Hefe. Der Eindruck, dass die ganze Republik mit Beginn von Pandemie und Lockdown zu hamstern begonnen hat, täuscht: Die große Mehrheit, nämlich 77 Prozent, gab im April an, ihr Einkaufsverhalten nicht geändert zu haben. Rund 10 Prozent kauften nach eigenen Angaben mehr online und 7 Prozent ließen sich Waren liefern. Nur knapp jeder Zehnte (9 Prozent) hat tatsächlich mehr als sonst gekauft und Vorräte angelegt. Die Gründe für das Hamstern lagen dabei vor allem in der Befürchtung, dass es zu einem umfassenderen Ausgangsverbot kommen werde, das auch Einkäufe mit einschließt, und der generellen Einstellung, dass es wichtig sei, in Krisensituationen Vorsorge zu treffen. Eine Studie, die infas für DIE ZEIT durchgeführt hat, kommt zu dem Ergebnis, dass die Corona-Pandemie nur wenig Einfluss auf das künftige Konsumverhalten der Bundesbürger haben wird. Eine große Mehrheit will nach der Krise wieder zu ihrem ursprünglichen Konsumverhalten zurückkehren. Ein Wandel zu vermehrtem Online-Shopping oder zu einem nachhaltigeren Konsum, wie es zuweilen in den Medien postuliert wird, ist nicht abzusehen.

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Gesellschaft und Wirtschaft: Steigende Arbeitslosigkeit und beschleunigte Digitalisierung



Dargestellt: Top-Box-Werte, Anteil 1 und 2 auf einer Skala von 1 = „stimme voll und ganz zu“ bis 5 = „stimme überhaupt nicht zu“
n ≈ 1.000/Monat, deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahren
Quelle: infas-Mehrthemenbefragung 2020

infas

Exkurs: Kinderbetreuung

Die Betreuung von Kindern gehört zu den Aspekten, die in Deutschland am wenigsten geklappt haben. Als die Betreuungseinrichtungen lockdownbedingt schließen mussten, waren die Eltern und Erziehungsberechtigten zu großen Teilen auf sich gestellt und mussten improvisieren. 91 Prozent gaben im April an, dass entweder sie selbst oder der zweite Elternteil überwiegend die Betreuung tagsüber übernimmt. Jeder Zehnte (11 Prozent) spannt die Großeltern – altersbedingt Risikogruppe – ein. Bei 19 Prozent übernehmen Geschwister des Kindes und bei 12 Prozent Verwandte oder Bekannte die Betreuungsaufgabe.

wissen Normalisierung der Situation, ist etwas Ernüchterung eingetreten und nur mehr 26 Prozent glaubten im Oktober noch daran.

Zu Beginn der Pandemie war jeder dritte Bundesbürger überzeugt, dass die Corona-Krise auch positive Folgen für ihn haben wird. Die Zustimmung zu dieser Aussage ist zwischenzeitlich leicht auf 22 Prozent zurückgegangen.

Dass die Krise dazu beitragen wird, dass die Kluft zwischen Arm und Reich kleiner wird, hält die Mehrheit der Bevölkerung für eine Illusion. Gerade einmal 14 Prozent hatten im Frühsommer diese Hoffnung, Tendenz deutlich sinkend auf zuletzt 8 Prozent.

Auch wenn die Bevölkerung eher skeptisch ist, dass auf die Pandemie ein „neues Normal" im positiven Sinne folgt, ist die Stimmung insgesamt bisher nicht wesentlich getrübt. Der Gesamtwert des infas-Lebenslagenindex ist seit Beginn der Pandemie überraschenderweise auf neue Höchstwerte gestiegen. Im Vorjahresvergleich legte er um mehr als drei auf stabile 61,5 Punkte zu. Dabei sind die Teilindizes „Lebenssituation", „Ökonomische Situation" und „Zukunftserwartungen" gleichermaßen gestiegen. Das Plus gilt zudem für alle Teile der Bevölkerung dem Trend nach – auch für die mit niedriger Lebenslage. Lediglich in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, insbesondere bei Schülern und Studenten ist der Indexwert im Oktober wieder leicht zurückgegangen.

Für den im Trend mit der Krise gestiegenen Ilex-Wert gibt es keine einfache Erklärung, eine vertiefende Forschung ist erforderlich. Es kann vermutet werden, dass die Pandemie bisher als Ausnahmesituation wahrgenommen wird, die für die Mehrheit der Bevölkerung (noch) keine gravierenden Auswirkungen hat. Bisher wurde erfolgreich verhindert, dass die Gesellschaft einen Statusverlust oder eine Verschlechterung der Lebenslage erleidet. Dazu tragen staatliche Konjunktur- und Unterstützungsprogramme bei und sicherlich auch der Umstand, dass die Situation in zahlreichen anderen Ländern deutlich schlechter ist.

Konkrete Viruserfahrungen

Die infas-Erhebung bestätigt, was ja auch die Zahlen des Robert-Koch-Instituts aussagen: Der Anteil derer, die konkrete Erkrankungserfahrungen haben, ist immer noch eher gering. Auch im September geben noch über 80 Prozent an, keine direkte oder indirekte Erfahrung mit einer Corona-Erkrankung gemacht zu haben. Annähernd jeder Zehnte kennt jemanden am Arbeits- oder Ausbildungsplatz, der erkrankt ist, weitere 8 Prozent berichten über Erkrankte im Bekanntenkreis. Interessanterweise sind es vor allem die Altersgruppe von 45 bis 64 Jahren und Personen mit Kindern im Haushalt, die vermehrt von Erkrankten im weiteren Umfeld berichten.

Rund 5 Prozent haben nach eigenen Angaben einen Corona-Fall in der Familie. Der Anteil derer, die selbst bereits einmal erkrankt sind oder direkt im Haushalt einen Fall haben, liegt im sehr niedrigen einstelligen Prozentbereich. Die Erfahrung mit angeordneter Quarantäne ist etwas ausgeprägter. Über Quarantänefälle im engeren Umfeld berichtet allerdings ebenfalls nur ein einstelliger Prozentanteil der Bevölkerung, und um die 10 Prozent tun dies für ihr weiteres Umfeld.

Entsprechend ist auch die Angst, sich selbst anzustecken, eher gering. Zu Beginn der Pandemie waren etwa 35 Prozent der Bevölkerung besorgt. Dieser Wert ist zwischenzeitlich auf 21 Prozent im Juni gesunken und bis Oktober parallel mit den steigenden Infektionszahlen wieder auf den Ausgangswert gestiegen. Bei den Frauen ist der Anteil der Besorgten etwas höher (34 Prozent) als bei Männern (31 Prozent). Auch in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen ist die Ansteckungssorge ausgeprägter (41 Prozent) als in den unteren, aber auch der Altersgruppe 65 Jahre und älter: Hier ist jeder Dritte ernsthaft besorgt.

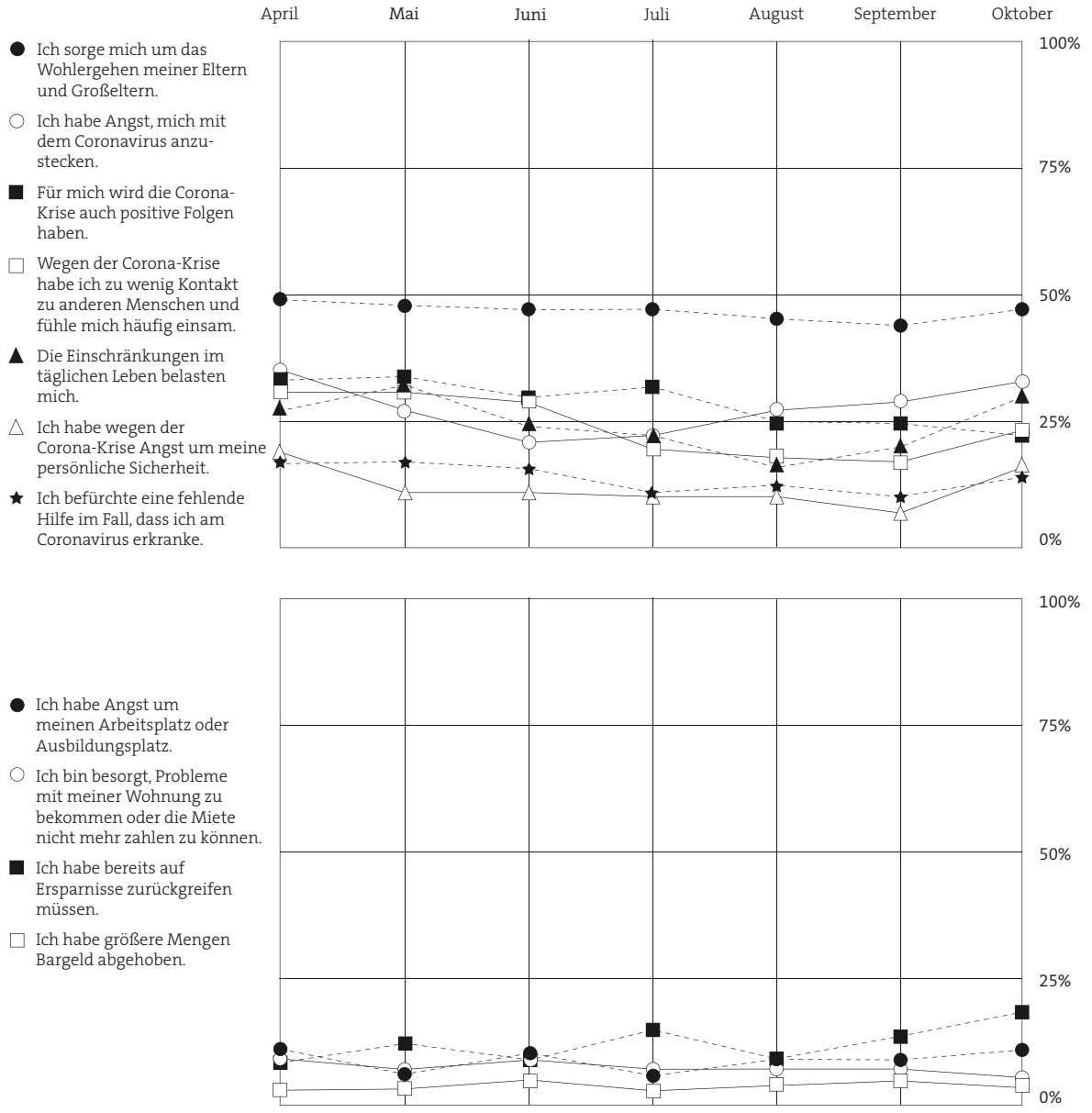
Schneller Stimmungswechsel möglich

Festzuhalten bleibt, dass die konkreten gesundheitlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung – von Einzelschicksalen abgesehen – gering geblieben sind. Größer als die Sorge um die eigene Gesundheit ist die Sorge um die der Eltern oder Großeltern. Dass das Virus für die meisten in der Praxis bisher eher harmlos geblieben ist, entspannt die Beurteilung der Gesamtsituation, trägt aber auch dazu bei, dass die Bereitschaft, sich an Schutzmaßnahmen zu halten, teilweise nur eingeschränkt vorhanden ist. Zum Zeitpunkt, als dieser Artikel geschrieben wurde, Anfang November, ist dies angesichts der deutlich steigenden Fallzahlen besorgniserregend.

Die bisherigen Studienergebnisse deuten darauf hin, dass die zu konstatierende Gelassenheit der Bevölkerung nachvollziehbare Gründe hat und schnell kippen kann, wenn die Rahmenbedingungen nicht mehr gewährleistet sind. Sollten Erkrankungen deutlich zunehmen, die Politik Quarantänen im großen Stil anordnen oder die finanzielle Unterstützung reduzieren oder kappen, ist ein deutlicher Stimmungswechsel zu erwarten. Bereits jetzt ist die zwischenzeitliche Entspannung, die sich in den Sommermonaten nach der erste Infektionswelle zeigte, wieder verflogen. In vielen Aspekten entspricht die Bewertung der Situation der Bevölkerung im Oktober wieder weitgehend der im April.

Die Zusatzerhebung zu Corona, die infas im Rahmen der infas-Mehrthemenbefragung durchführt, wird auch in den kommenden Monaten fortgeführt. Im Abgleich mit den weiteren Entwicklungen und politischen Maß-

Persönlicher Umgang mit der Corona-Krise
Vorrangig Sorgen um das Wohlergehen der Eltern und Großeltern



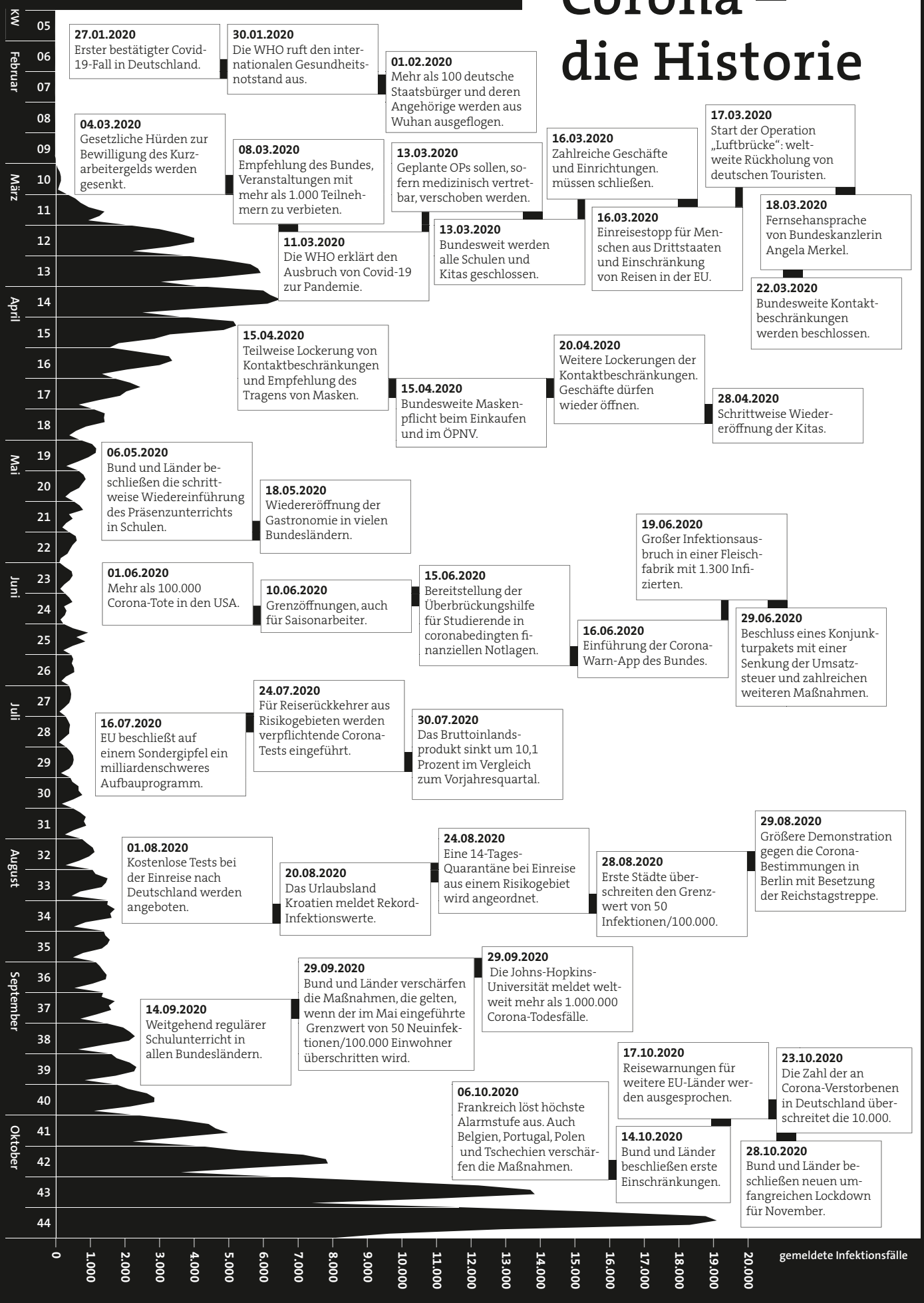
Dargestellt: Top-Box-Werte, Anteil 1 und 2 auf einer Skala von 1 = „trifft voll und ganz zu“ bis 5 = „trifft überhaupt nicht zu“
n ≈ 1.000/Monat, deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahren
Quelle: infas-Mehrthemenbefragung 2020

infas

nahmen (siehe auch Seite 10) wird sie die Änderung in den Einstellungen der Bevölkerung messen, und wir werden auch in der nachfolgenden Lagemaß-Ausgabe berichten.

Zum Weiterlesen:
Scholz, J. (2020): Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lebenssituation der Bevölkerung. Studienergebnisse zu Corona im Mai, www.infas.de
Scholz, J., Steinwede, J. (2020): Vertrauen der Bevölkerung in coronabedingten „Exekutivföderalismus“ sinkt. Studienergebnisse zu Corona im Juni, www.infas.de

Corona – die Historie



Quelle: infas (Meldungen), Robert Koch-Institut, infas 360 (gemeldete Infektionsfälle)

Bürgerbeteiligung unter der empirischen Lupe – ein Analyseausblick

Von Robert Follmer und Kai Unzicker

Rund 3,1 Millionen Treffer liefert Google beim Stichwort „Bürgerbeteiligung". Ein genauerer Blick auf diese Liste zeigt schnell: Kaum eine größere deutsche Stadt, die nicht in den Suchergebnissen dabei ist. Bürgerbeteiligungskonzepte, Leitlinien, lokale Handbücher und Projektberichte sind zahlreich. Und das zumeist mit großen Versprechungen. In Zeiten vermeintlich zurückgehender Wahlbeteiligungen und einer gefühlten Politikverdrossenheit bieten sich vielfältige Formen der Beteiligung als Lösung an. Erfolgsgeschichten und Konzeptbeschreibungen stehen allerdings an erster Stelle. Zweifel, Misserfolge und Evaluationen sind dagegen deutlich seltener zu finden. Dabei belegt ein Blick in die kritische Literatur, dass es den verschiedenen Ausprägungen der Bürgerbeteiligung in der Regel kaum gelingt, eine zusätzliche, basisdemokratische Einbindung aller Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. So ist es fast eine Binsenwahrheit, dass politisch aktive oder zumindest sehr interessierte Bürgerinnen und Bürger in den praktizierten Beteiligungsformaten überproportional vertreten sind. Die Gefahr, dass sich arrivierte „bildungsbürgerliche" Interessen selbst legitimieren und durchsetzen, andere Perspektiven es dagegen schwer haben, ist nicht neu. Sie ließe sich bei genauerem Hinsehen leicht belegen.

Interesse an Bürgerbeteiligung empirisch betrachtet

Doch soll das ein Grund sein, Beteiligungsverfahren zu verwerfen, sich ausschließlich auf Instrumente der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie zu verlassen? Oder müssen nicht eher innovativere Ergänzungen gesucht werden, die die angedeuteten Nachteile hinter sich lassen? Und was sagt eine empirische Bestandsaufnahme dazu? Welche weiterführenden Ansätze legt sie nahe? In der Ausgabe 2020 der regelmäßig aktualisierten Studie der Bertelsmann Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt sind wir dem nachgegangen. Der dabei entstandene Einblick kann Ausgangspunkt für neue Konzepte und Empfehlungen werden.

Die aktuelle Erhebung basiert auf einer Befragung von 3.011 Bürgerinnen und Bürgern und wurde im Februar und März 2020 durchgeführt. Sie war in gewisser Weise ein Covid-19-Opfer, denn mit dem Abschluss der Erhebung stellten sich coronabedingt auf einmal ganz andere Fragen. Dies hat dazu geführt, die Studie im Juni mit Blick auf die Corona-Ereignisse zu vertiefen und den eigentlichen Schwerpunkt zur Bürgerbeteiligung aus den Vor-Corona-Monaten 2020 zunächst erst einmal zurückzustellen. Nach der im August erfolgten Veröffentlichung zu der Frage, wie es ganz aktuell um den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter dem Eindruck der Krankheit und ihrer Folgen steht, soll das vorhandene Material aktiviert werden. Geplant ist eine ausführliche Berichterstattung in der ersten Jahreshälfte 2021.

Doch schon jetzt möchten wir mit einem knappen Einblick das Interesse daran wecken. Dabei geht es nicht um die Detailbetrachtung absolvierter Verfahren, sondern vielmehr um die Frage, welche Bürgerinnen und Bürger sich ein aktives Einbringen vorstellen können – oder eben nicht dafür zu gewinnen sind. Daraus sollen Profile abgeleitet werden, denen möglicherweise ergänzend qualitativ nachgegangen werden kann.

Das Ziel sind also Hinweise zur Weiterentwicklung. Wie können Formate aussehen, die nicht nur den Ausrichtern und nur einer speziellen Bevölkerungsgruppe, sondern auch denjenigen „schmecken" oder diejenigen inspirieren, die bisher oft nicht erreicht werden?

Gefragt haben wir zunächst recht einfach nach der potenziellen Bereitschaft, sich bei bestimmten Möglichkeiten einzubringen – und dies im Vergleich zu klassischen Formaten. Hier zeigen fast drei Viertel der Bevölkerung Bereitschaft. So können sich 73 Prozent vorstellen, zu einer Bürgerversammlung zu gehen. 70 Prozent würden im passenden Fall bei einer Unterschriftenliste zeichnen, immerhin 53 Prozent bei einer Petition. Mit Blick auf eine Demonstration signalisieren 56 Prozent Bereitschaft, mit auf die Straße zu gehen. Ein vermutlich etwas größerer Erwünschtheitseffekt zeichnet sich bei der Frage nach der Sicherheit ab, bei der nächstanstehenden Wahl seine Stimme tatsächlich abzugeben. Unter den Wahlberechtigten entscheiden sich in diesem Zusammenhang 75 Prozent für die Aussage „sehr wahrscheinlich".

Partizipation durch Bürgerbeteiligung kaum erweitert

Werden diese Angaben miteinander kombiniert, ist die Frage interessant, ob das Viertel, das explizit eine Wahlabsicht verneint oder für weniger wahrscheinlich hält, sich stattdessen für eine der anderen Beteiligungsformen entscheiden würde. Das Ergebnis ist ein deutliches Nein. Dies legen schon einfache Verteilungsergebnisse nahe. Immerhin 13 Prozent der Bevölkerung geben bei keiner der über die Wahl hinausgehenden, hier berücksichtigten Beteiligungsformen an, sich diese für die eigene Person überhaupt vorstellen zu können. Ebenfalls 13 Prozent nennen nur eine einzige der vier Möglichkeiten. In der genaueren tatsächlichen Kombination muss das Ergebnis noch mehr ernüchtern. Weniger als ein Prozent negiert die Wahlabsicht, zeigt sich anderen Beteiligungsformaten gegenüber jedoch aufgeschlossen, wäre also auf diesem Weg zu stimulieren. Und der harte Kern der „aktiven Demokraten", die nach eigener Angabe sehr wahrscheinlich wählen gehen und sich zusätzlich mehrere der Beteiligungsformate vorstellen können, umfasst mit 32 Prozent ziemlich genau ein Drittel der Befragten. Im Umkehrschluss gehören eben zwei Drittel nicht dazu.

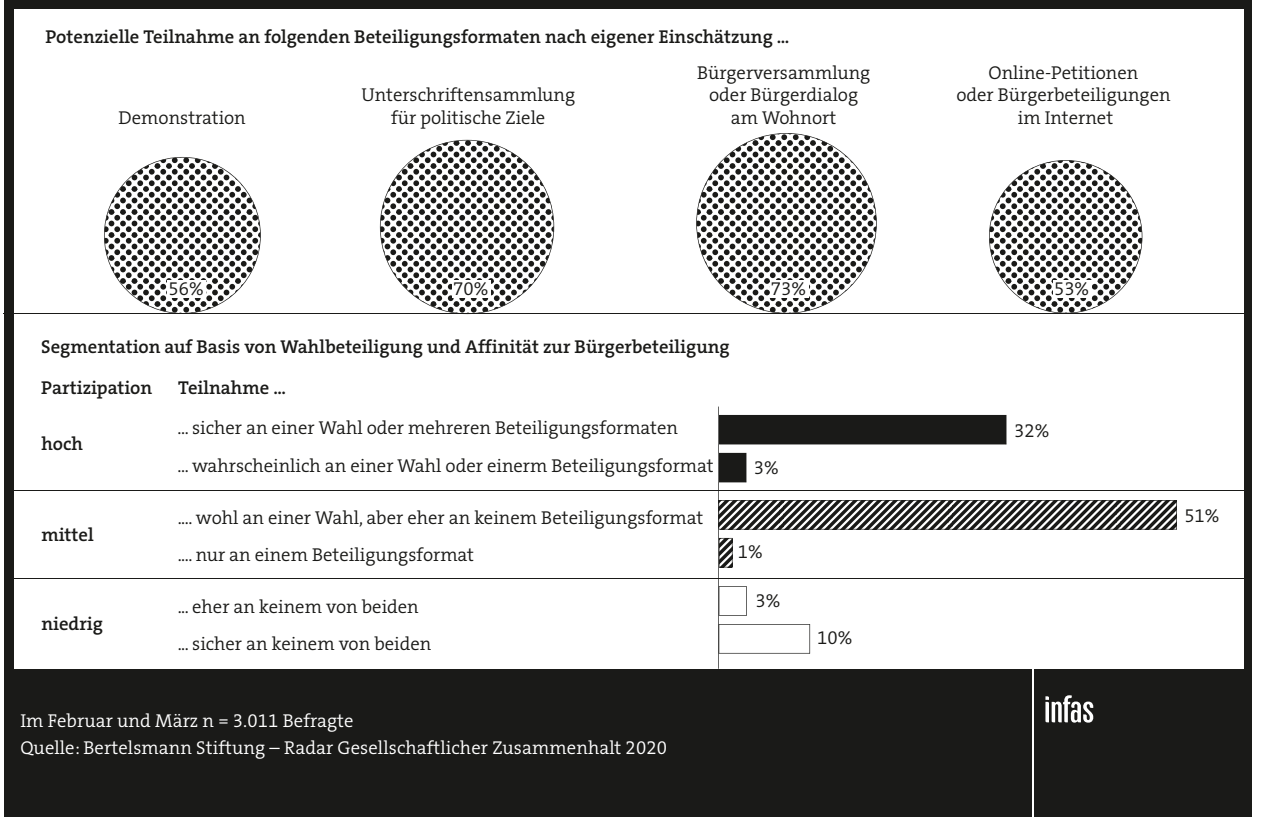
Wird dieses Ergebnis anhand soziodemografischer Hintergrundfaktoren genauer ausgeleuchtet, bestätigt sich Bekanntes. Eine höhere Bildung und ein höherer ökonomischer Status sind die höchsten Treiber sowohl in Richtung Wahlbeteiligung als auch weiterer Partizipationsformen. Festgehalten werden kann allerdings auch, dass hier kein Ost-West-Unterschied besteht. Doch sollen dies nur erste Ergebnisse im Sinne des genannten „Appetizers" mit Blick auf unsere geplanten genaueren Analysen sein.

Darüber hinaus genauer nachgefragt haben wir anhand vorgegebener Beurteilungen einzelner Beteiligungsaspekte, zu denen Zustimmung oder Ablehnung geäußert werden konnte. Dabei zeigt sich beispielsweise, dass recht genau die Hälfte der Bevölkerung Beteiligungsformate ausdrücklich begrüßt und nur eine von acht Personen diese mit dem Argument deutlich ablehnt, so etwas würde „nichts bringen". Hinzu kommen weitere Aussagen mit Blick auf die mögliche Effizienz, Teilnahmevoraussetzungen und mehr, denen wir uns widmen werden. Auch diese Inhalte werden wir differenziert analysieren und mit erklärenden Strukturvariablen verknüpfen, beispielsweise einer Stadt-Land-Differenzierung oder der Unterscheidung zwischen eher „abgehängten" und stark prosperierenden Regionen.

Interessant, aber unbekannt

Nachdenklich stimmen muss das Ergebnis, dass knapp die Hälfte der Befragten angibt, die beschriebenen engeren Beteiligungsformate nicht oder nur teilweise zu kennen, damit also über keine Erfahrungen zu verfügen, oft nicht einmal vom Hörensagen. Hier lässt sich aller Voraussicht nach ein wirksamer Hebel finden. Innovative

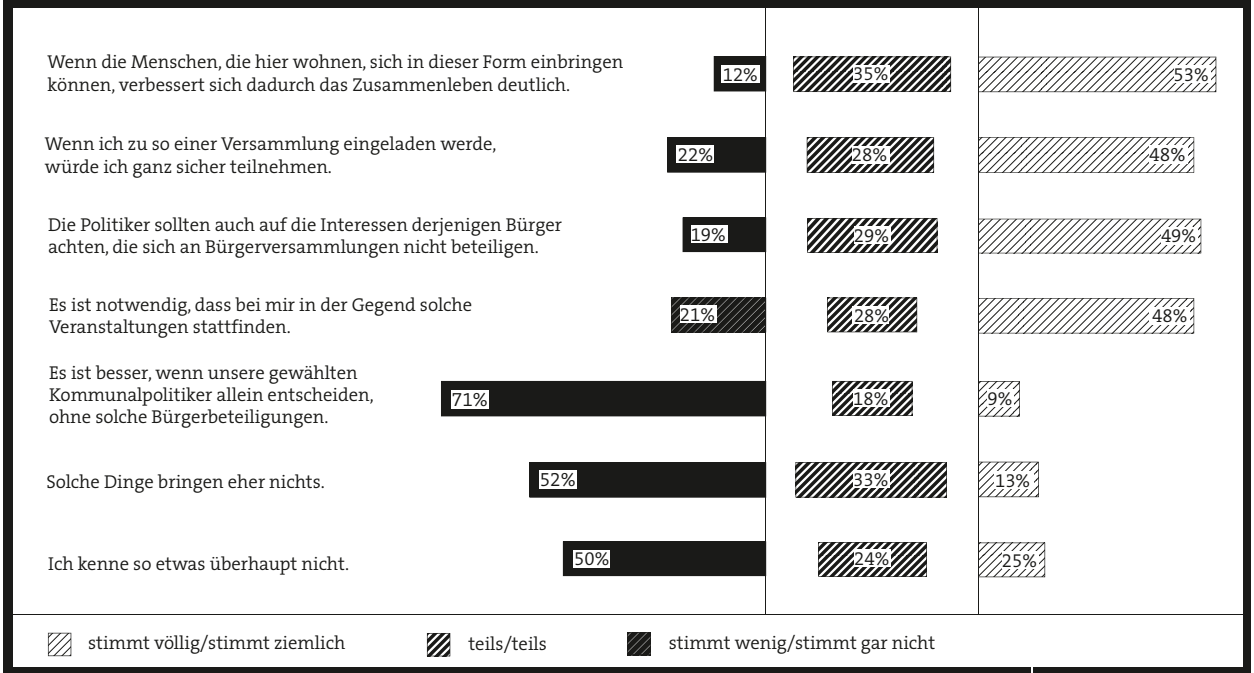
Teilnahme an Partizipationsformaten und Wahlbeteiligung: Im Zweifel nur der Gang an die Wahlurne



Im Februar und März n = 3.011 Befragte
Quelle: Bertelsmann Stiftung – Radar Gesellschaftlicher Zusammenhalt 2020

infas

Zustimmung und Ablehnung bei verschiedenen Aussagen zur Bürgerbeteiligung: Geteilte Einschätzungen



In vielen Städte und Gemeinden gibt es verschiedene Möglichkeiten der Bürgerbteiligung an der Politik. Welche würden Sie wahrnehmen?
An 100%-Fehlende: weiß nicht/keine Angabe, im Februar und März n = 3.011 Befragte
Quelle: Bertelsmann Stiftung – Radar Gesellschaftlicher Zusammenhalt 2020

infas

Beteiligungsformate sollten nicht nur so gestaltet werden, dass sie weniger Gebildete ebenso gut abholen wie Personen mit formal hoher Bildung – oder Personen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, ebenso gut adressieren wie Menschen, die sich diesbezüglich keine Sorgen machen müssen. Weiterentwicklungen sollten alltäglicher und präsenter sein. Damit könnten sie zu einer selbstverständlichen Alltagserfahrung werden, mit der sich keine Schwellenängste oder Zweifel mehr verbinden. Und wenn sie außerdem kommunal, regional oder sogar darüber hinaus Nutzen erkennen lassen, könnten die in Deutschland heute noch bestehenden Hürden im demokratischen Sinn mit Blick auf alle Bevölkerungssegmente niedriger werden. Aber dazu in Kürze mehr.

Zum Weiterlesen:
Bödekler, S.: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. In: WZBrief Zivilengagement, April 2012,www.wzb.eu
Themenseite der Bertelsmann Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, www. bertelsmann-stiftung.de

Ein Plädoyer für Qualität und Aktualität

Von Menno Smid

Mit Beginn der Corona-Pandemie fand die Wissenschaft in bisher unbekanntem Maße Gehör in der Öffentlichkeit: In den Medien sprachen Virologen, Infektiologen, klinische Epidemiologen über die medizinischen Auswirkungen und Möglichkeiten der Eindämmung. Auch Psychologen wurden gehört, die etwa die Auswirkungen des Lockdowns auf Kinder oder Senioren thematisierten. Weniger präsent waren hingegen die empirischen Sozialforscher. Zwar wurden massenhaft Studien zitiert, die Befindlichkeiten in der Bevölkerung zum Thema hatten. Nicht im Fokus standen dabei die stichprobentheoretischen Voraussetzungen, sodass oft sehr frei von selektiv erhobenen Ergebnissen auf die Gesamtheit der Bevölkerung geschlossen wurde.

Bisherige Annahmen über die Zahl der Infektionen beruhen vornehmlich auf Hochrechnungen von kleinen oder aber spezifischen, geklumpten oder hochselektiven Stichproben. Es liegen bisher erstaunlicherweise keine statistisch belastbaren aktuellen Daten vor, die das Infektionsgeschehen in seiner Tiefe und Gänze abbilden. Und dies, obwohl Covid-19 nunmehr schon acht Monate die Wirtschaft, Gesellschaft und Politik geißelt.

Es scheint, als seien die meisten Maßnahmen von der aktuellen Notwendigkeit der Seuchenbekämpfung bestimmt, ohne dass übergreifende Kenntnisse über den Verlauf der Pandemie bekannt wären. Es macht sich eine gewisse Panik breit, weil nach bisherigen Erfahrungen der Lockdown die einzig wirksame Maßnahme gegen Corona ist. Den gilt es jedoch zu verhindern, einfach schon weil die Kosten zu hoch sind. Was wissen wir also nicht? Verlässlich und gesichert kennen wir nach wie vor nicht:

- die Quote der bisher Infizierten in der deutschen Wohnbevölkerung,
- den wahren Anteil asymptomatischer Fälle,
- die Dunkelziffer der durch die bisherige Statistik nicht erfassten Fälle,
- die Letalität auf Basis der Gesamtzahl der bisher Infizierten,
- den Stand hinsichtlich der Annäherung der Bevölkerung an eine mögliche Herdenimmunität.

Darüber hinaus sind die Folgen unterschiedlicher Infektionsraten auf die Bevölkerung, differenziert nach soziodemografischen Gruppen, unklar.

Es gibt aus unterschiedlicher Richtung Vorschläge, wie diese Wissenslücken geschlossen werden können. Gemeinsam ist ihnen die Forderung nach einer aktuellen Studie, basierend auf Zufallsstichproben (Probability Samples) und einer Kombination von Testung der Stichprobe mit einer Befragung und schließlich Wiederholungsbefragungen (Schnell, Smid 2020). Gefordert wird das in ähnlicher Form etwa von der Initiative „Test the World“ mit über 1.000 Unterzeichnern.

Bleibt nur die Hoffnung, dass empirische Sozialforschung im Verlauf der möglichen zweiten Welle ein wenig mehr Gehör finden wird und methodisch präzise Messungen stattfinden werden.

Neu denken in Krisenzeiten

Krisenzeiten sind Zeiten, in denen der „Vorhang vor dem Inneren“ (Hegel) für einen Moment weggezogen ist und Strukturschwächen offengelegt werden. Dies trifft auch für die Markt- und Sozialforschung und ihren methodischen Schwächen zu, die durch die Covid-19- Krise hart getroffen wurde. Erhebungsverfahren wurden adjustiert und das hohe Lied der Digitalisierung wurde gesungen. Neudenken ist hier sinnvoll und möglich, denn vieles lässt sich digital durchführen. Aber wie steht es um die stichprobentheoretischen Voraussetzungen?

In den Medien ist das bereits zu beobachten: Sie sind

voll von „Umfragen“, bei denen nicht klar ist, auf welchen Stichproben sie beruhen und mit welchen Fehlerspielräumen zu rechnen ist. Es ist wohl nicht falsch, zu unterstellen, dass die meisten, insbesondere die Online-Erhebungen, auf Non Probability Samples beruhen. Eine Verallgemeinerung der Ergebnisse auf die Gesamtbevölkerung ist daher unzulässig und der Standardfehler nicht ermittelbar.

Referenz für einen Strauß von Studien

Probability Samples sind in der empirischen Sozialforschung altbewährt und haben insbesondere bei der Wahlberichterstattung am Wahlabend ihre Qualität vielfach bewiesen. Bereits kurz nach der Schließung der kann bedenkenlos über politische Konsequenzen diskutiert werden, weil die Hochrechnung auf Basis von Zufallsstichproben zuverlässige Ergebnisse liefert. Da die Fallzahlen sehr groß sind, liegt der Fehler nur geringfügig über der Schwelle von +/- 1 Prozentpunkt.

Bewährt haben sich Zufallsstichproben auch bei Prognosen vor der Wahl. Hier ist der Fehler aufgrund geringerer Fallzahlen im Vergleich zur Wahlberichterstattung am Wahlabend deutlich größer. Schließlich kommen bei wichtigen sozialwissenschaftlichen Fragestellungen in der Regel Probability Samples zum Einsatz

Dass diese bisher im Kontext der Corona-Pandemie so wenig Unterstützer in der Politik gefunden haben, mag auch daran liegen, dass die Markt- und Sozialforschungsbranche hier nicht mit einer Stimme spricht. Die nicht zuletzt aufgrund von Kosten- und Zeitdruck etablierten Online-Access-Panels arbeiten mit Quotenstichproben und beruhen auf teils selbstrekrutierten Teilnehmern. Und Start-ups sind bereits mit neuen Sampling-Methoden am Start, bei denen durch die schlichte Masse an Teilnehmern die Generalisierbarkeit von Ergebnissen sichergestellt werden soll. Die transparente Darstellung dieser „Plattform-Demoskopie“ und damit die wissenschaftliche Überprüfung ihrer Richtigkeit fehlen indes meist.

Gemein haben die Vorgehensweisen, dass Teile der Bevölkerung in der Erhebung stark unterrepräsentiert sind. Junge Männer mit niedrigem Bildungsabschluss oder Senioren mit geringer Internetaffinität sind kaum zur Teilnahme an Online-Erhebungen zu bewegen. Bei Erhebungen auf Basis eines Probability Samples mit aktiver Ansprache der Teilnehmer durch Interviewer können diese – mit entsprechendem Aufwand – in ausreichendem Maße eingebunden werden.

Besinnung auf die eigenen Stärken

Quotenstichproben oder andere neue Stichprobenverfahren mögen für bestimmte Fragestellungen ihre Berechtigung haben. Nicht jedes Ergebnis muss hochgerechnet werden können. Im Marketing reichen oftmals Trendaussagen oder Vergleiche zwischen Varianten aus. Auch ist es bei manchen Marktforscherfragen verschmerzbar, wenn Teile der Bevölkerung nicht adäquat berücksichtigt werden, etwa wenn sie nicht zur Hauptzielgruppe gehören. Zudem kann der Innovationsprozess von Produkten und Dienstleistungen akkurat mit Panelbefragungen begleitet werden, wodurch die Erwartungen potenzieller Kunden schon sehr früh Bestandteil der Produktentwicklung sind.

> Wenn ein genaues Abbild der Meinungen oder Einstellungen der Bevölkerung gefragt ist oder im Falle der Corona-Pandemie des Infektionsgeschehens in der Bundesrepublik, führt an der Testung von Personen auf Basis eines Probability Samples kein Weg vorbei.

Wenn ein genaues Abbild der Meinungen oder Einstellungen der Bevölkerung gefragt ist oder im Falle der Corona-Pandemie des Infektionsgeschehens in der Bundesrepublik, führt an der Testung von Personen auf Basis eines Probability Samples kein Weg vorbei.

Schaden ist bereits entstanden, indem fragwürdig Stichprobenverfahren im Rahmen der Wahlprognose angewendet wurden und die Prognosen den Lackmustest, nämlich den Abgleich mit den tatsächlichen Wahlergebnissen, nicht bestanden. Oder dass bei knappen Ergebnissen, etwa der Brexit-Entscheidung oder der ersten Trump-Wahl, mit zu kleinen Stichproben gearbeitet wurde, wodurch eine sichere Aussage unmöglich wurde (siehe auch Lagemaß 6, S. 29). Auch wenn neue Tools und schnelle Ergebnisse verheißungsvoll sind, sollte die Zunft der Markt- und Sozialforscher einhellig kommunizieren, was sie in ihrer über 70-jährigen Wissenschaftsgeschichte an verlässlichen Instrumenten und Techniken entwickelt hat. Auch wenn sich durch die Digitalisierung neue Datenquellen für die Analyse auftun, sollten bestehende, wissenschaftlich bewährte Standards erst dann aufgegeben werden, wenn sich nachweislich bessere Alternativen auftun.

Zum Weiterlesen:

Manifest der Initiative „Test the World“ für ein flächendeckendes, systematisches, randomisiertes Testen, www.testtheworld.org/de

Interview „Es gibt zurzeit keine Studie, die das Infektionsgeschehen insgesamt abbildet“ mit Rainer Schnell und Menno Smid, www.marktforschung.de:Podcast „Methodische Probleme und Lösungen für eine epidemiologische Corona-Forschung“, Kolloquium des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung", coronasoziologie.blog.wzb.eu

Schnell, R., Smid, M. (2020): Methodological Problems and Solutions in Sampling for Epidemiological COVID-19 Research, in: Zeitschrift Survey Research Methods 14, doi.org/10.18148/srm/2020.v14i2.7749

Studien zur Corona-Pandemie*

→ **Betroffenheit deutscher Unternehmen durch die Corona-Pandemie**, telefonisch (Unternehmen), n=500, April 2020, Kantar Deutschland im Auftrag des BMWi → **BfR Corona-Monitor,** telefonisch, n=500/Woche, seit März 2020 und Folgende (ff), Bundesamt für Risikobewertung (BfR) → **Corona-Alltag,** selbstrekrutiert online, März 2020ff, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) → **Corona-KiTa-Studie,** versch. Erhebungen und Quellen, Juni 2020 bis Dez. 2021, Deutsches Jugendinstitut (DJI)/Robert Koch-Institut (RKI) im Auftrag des BMFSJ, BMG → **COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO),** online (Quotenstichpr.), n~1.000/Woche, seit März 2020f, Universität Erfurt (UE), RKI, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) u. a. → **Covid-19 Social Study,** selbstrekr. online und telefonisch in UK, n=70.000, März 2020ff, University College London → **European Social Survey – 10 COVID-19-Modul,** mehrere Länder, ca. 50.000, Sep. 2020 bis Dez. 2021, ESS ERIC → **Eurofound e-survey: Living, working and Covid-19,** mehrere Länder, Face-to-Face, n=62.000, April 2020ff, Eurofound Ireland → **Global Behaviors and Perceptions in the COVID-19 Pandemic,** mehrere Länder, online, März 2020ff, University of Warwick, Oxford University, Princeton University, Cambridge University u. a. → **Heinsberg-Studie,** regionale pers. Befragung mit Test, n=919, April 2020, Universität Bonn → **KANTAR COVID-19 Barometer,** mehrere Länder, online und telefonisch, n=25.000, März 2020 ff, Kantar → **Kind sein in Zeiten von Corona,** selbstrekr. online, n=8.000, April/Mai 2020, DJI → **Leben in Deutschland – Corona-Monitoring,** Befragung mit Test, Okt. 2020ff, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, RKI → **Lebenslage und Corona,** telefonisch, April 2020ff, n~1.000/Monat, infas → **Leben und Erwerbstätigkeit in Zeiten von Corona,** online (geschichtete

* Auswahl alphabetisch sortiert

Zufallsstichprobe), n=4.900, Mai 2020ff, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) → **Mannheimer Corona-Studie,** online (German Internet Panel, Zufallsstichprobe), n=3.600/Woche, März bis Juli 2020, Universität Mannheim → **MOBICOR – Studie zur Mobilität in Zeiten der Corona-Pandemie,** telefonisch und Mobilitätstracking, n~1.000/Monat, WZB, Motiontag, infas u. a. → **Nationales Bildungspanel – Corona & Bildung (NEPS-C),** Ergänzung online in NEPS, Mai 2020ff, Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi) → **Neue Chancen für Vereinbarkeit – Wie Unternehmen und Familien der Corona-Krise erfolgreich begegnen,** telefonisch (Personalverantw. in Unternehmen), n=750, und online Eltern mit Kindern, Juni/Juli 2020, Prognos im Auftrag des BMFSJ → **PACO – Psychologische Anpassung an die COVID-19-Pandemie,** online (Längsschnitt) bei Eltern mit Kindern, n=950, März 2020 bis März 2021, LIfBi → **SERU COVID-19 Survey – International Students' Experiences and Concerns During the Pandemic,** online mit ausl. Studierenden an zehn US-Unis, n=30.000, Mai 2020ff, Student Experience in the Research University Consortium → **SHARE – Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe COVID-19 Befragung,** mehrere Länder, telefonisch, März 2020, Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, Munich Center for the Economics of Aging (MEA) → **SOEP-CoV – Sozio-ökonomische Faktoren und Folgen der Verbreitung des Coronavirus in Deutschland,** telefonisch, n=12.000, April bis Juni 2020, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Universität Bielefeld, gefördert vom BMBF → **Sondererhebung des GESIS-Panels zum Ausbruch des Coronavirus SARS-CoV-2 in Deutschland,** online (GESIS-Panel), n=3.765, März 2020, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften → **Vertrauen, Demokratie, Zusammenhalt – wie unterschiedlich Menschen in Deutschland die Corona-Pandemie erleben,** sechs Länder, qualitativ und quantitativ, Juni/Juli 2020, More in Common → **Wie informiert sich die Bevölkerung in Deutschland rund um das Coronavirus?**, online, n=1.107, Juni 2020ff, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung/RKI.

Die drei Fotografen und Fotografinnen Astis Krause (1), Paula Winterberg (2) und Jörg Simanowski (3) begleiten die 1:1 CONCERTS seit mehreren Monaten in verschiedenen Städten und Spielorten. Von ihnen stammen die nachfolgenden Fotografien.
Bild 1: Sofia von Freydorf, Violoncello, Großer Lesesaal der Sächsischen Landesbibliothek Dresden (3)
Bild 2: Viola Wilmsen, Oboe, Deutsches Symphonie-Orchester Berlin, Hotel Oderberger Berlin (1)
Bild 3: Manuel Westermann, Marimba, Festspielhaus Hellerau (3) **Bild 4:** Laura Ruiz Ferreres, Klarinette, Kloster Volkenroda (1) **Bild 5:** Anke Heyn, Violoncello, Großer Saal Festspielhaus Hellerau (3) **Bild 6:** Lisa Wegmann, Klarinette, Musikhochschule Lübeck, privater Hinterhof (2) **Bild 7:** Stephanie Winker, Querflöte, Kloster Volkenroda (1). www.1to1concerts.de

Ein anderer Blick

Wenn wir unserem Gegenüber tief und lang in die Augen blicken, fühlt sich das ungewöhnlich an. Werden wir berührt oder beobachtet? Eingeladen oder ausgespäht? Dieser intensive Blickkontakt verwandelt sich bei unseren Begegnungen in Musik, die für die Hörenden ganz allein gespielt wird. Nachdem der Konzertbetrieb coronabedingt eingebrochen ist, bieten Orchester bundesweit Eins-zu-eins-Begegnungen an: Eine Musikerin oder ein Musiker – eine Zuhörerin oder ein Zuhörer. Die Einnahmen unterstützen freischaffende Musikerinnen und Musiker, die durch die Pandemie in finanzielle Not geraten sind.

F Klassische Philologie

„Bist du bereit beim Experiment 1:1 Concerts mitzumachen, bei dem du alleine für ausschließlich eine Person spielen sollst?“ – so in etwa war die ungewöhnliche Anfrage. Ich habe das natürlich bejaht und bin gespannt gewesen, was auf mich zu kommt.

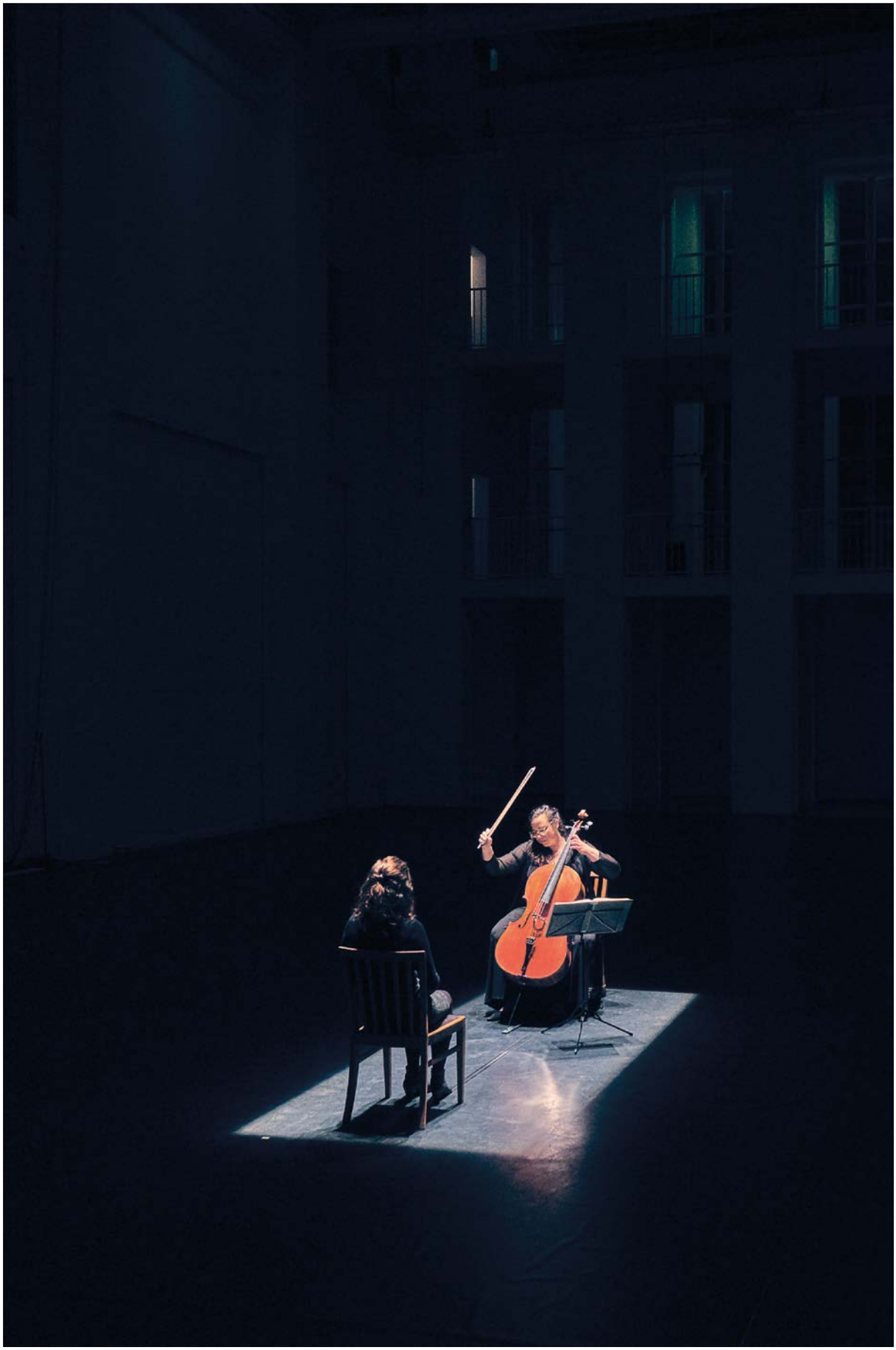
Nun warte ich auf einem gemähten Feld mit Blick über die malerisch-welligen Hügel der Thüringer Provinz.
Auf einem Stuhl sitzend bin ich gespannt auf den Zuhörer, der über das Feld hergeführt wird. Er wird in Kürze seinen Stuhl mir gegenüber erreicht haben. Wie ist sein Gang, wirkt er unsicher oder fröhlich? Ist er aufgeregt, nervös oder gar ängstlich?

Das hier reißt uns sofort aus dem Komfortbereich. Wir sitzen einander gegenüber und schauen uns in die Augen. Diesen Moment heißt es auszuhalten, denn die Minute des Schweigens ist nichts Alltägliches, aber gewollt. Die Zeit beginnt etwas mit uns beiden zu machen. Die Situation ist intim und persönlich, kein gewöhnliches Konzert. Ich nehme die Stimmung meines Zuhörers direkt wahr. Nach der Phase des „Sich-mit-der-Situation-vertraut-Machens“ bekomme ich das Gefühl, dass wir uns etwas kennengelernt haben, obwohl nichts gesprochen wird. Entgegen der gewohnten Art, sich auf ein Konzert vorzubereiten, denke ich darüber nach, was mein Gegenüber wohl für Musik mögen würde. Was passt zur Situation, kann er genießen oder wirkt er gestresst?

Jetzt soll’s losgehen, beschließe ich und beginne mit einer Passage aus Wagners „Siegfried“ – das war spontan. Eigentlich hatte ich etwas anderes vorbereitet, aber die Situation an diesem ungewöhnlichen Ort hat mich inspiriert.
Während des Musizierens bemerke ich, dass wir uns beide entspannen – gewohntes Terrain, denke ich, denn es ist zu uns und der Stille die Musik dazugekommen. Ich überlege, ob die Aussage „Musik verbindet“ hier nicht einen besonderen Stellenwert bekommt. Ohne die Musik mussten wir die Zweisamkeit aushalten – Musik macht den Unterschied: Musik schlägt die Brücke.

Mein letzter Ton – Ruhe, kein Applaus – so war es vereinbart. Wir verabschieden uns gestisch und der Zuhörer wird wieder abgeholt. Ich bleibe zurück, denke über meine erste 1:1-Concert-Erfahrung nach und bin sehr gespannt, wie der nächste Zuhörer reagieren wird.

Felix Winker
Solo-Horn, Staatstheater Augsburg



Corona und die Mobilität – verkehrt gewendet?

Von Robert Follmer

Nur selten laufen sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse Gefahr, schon kurz nach einer Erhebung veraltet zu sein. Oder spätestens bei Drucklegung dieses Hefts. Trotzdem sind die Resultate aus einem laufenden Forschungsprojekt zur Alltagsmobilität 2020 aufschlussreich, denn sie stellen einige Vermutungen auf den Prüfstand.

Mobilität im Sommer 2020

Im Projekt MOBICOR messen wir sowohl per Smartphone-App und Tracking als auch mit bewährten Befragungskonzepten. Oberflächlich betrachtet, sind die Ergebnisse wenig überraschend. Nach einem Lockdown-bedingten Tief ging es mit der Mobilität im Mai und Juni sowie in den folgenden Sommerwochen schnell wieder aufwärts. Dies zeigen die Tracking-Ergebnisse, die einen Zeitraum von mehreren Monaten abdecken. Spätestens seit Ende Juni ist bei vielen Kennwerten das alte Niveau wieder erreicht. Vor allem durch mehr Aktivitäten zu Fuß werden Vor-Corona-Werte teilweise sogar überschritten. Ende Juni ergibt sich eine mittlere Unterwegszeit von gut 1,5 Stunden pro Person und Tag, ganz wie „vor Corona".
Die ergänzende Befragung von 1.500 Personen im Alter ab 16 Jahren bestätigen den Tracking-Befund: Waren Anfang Mai rund 70 Prozent der Befragten außer Haus unterwegs, ist der Wert im Juni bereits auf 90 Prozent gestiegen. Der Durchschnitt liegt bei 79 Prozent, was unter den 85 Prozent liegt, die in der Studie "Mobilität in Deutschland" (MiD) im Mai 2017 gemessen wurden. Doch zeigt er nur einen Teil. In den Altersgruppen mit vielen Berufstätigen fiel das Minus erwartungsgemäß größer aus als bei den Seniorinnen und Senioren im Alter ab 65 Jahren. Bei Personen mit guter oder sehr guter ökonomischer Lage waren die Unterwegs-Kennziffern bis in die ersten beiden Maiwochen im Vergleich mit jenen mit schlechter Lage ungewöhnlich niedrig. Ab Mitte Mai haben sich dann die gewohnten Verhältnisse wieder eingependelt. Je höher die ökonomische Lage, desto größer erneut der Mobilitätsfußabdruck. Die zwischenzeitliche kurzfristige Umkehr ist plausibel. Sie war darauf zurückzuführen, dass in bestimmten Bevölkerungsgruppen weniger Homeoffice-Möglichkeiten gegeben waren und so weiterhin die Notwendigkeit bestand, arbeitsbedingt unterwegs sein zu müssen.

Zur Studie

„MOBICOR" ist ein Gemeinschaftsprojekt des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), von infas, Motiontag, Nuts One und nexus und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziell unterstützt. Ziel ist es, die Beweglichkeit der Gesellschaft vor, während und nach der Coronapandemie zu vermessen, zu analysieren und hinsichtlich ihrer Wandelbarkeit zu verstehen. Dabei werden qualitative, quantitative sowie neue digitale Erhebungsmethoden eingesetzt. MOBICOR ist als Längsschnittbefragung angelegt. In drei Wellen beginnend im Mai 2020 werden zunächst bis Anfang 2021 in einem repräsentativen Ansatz zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger telefonisch sowie online befragt. Hinzu kommen regionale Aufstockungen in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Der Fragebogen orientiert sich an der Vorgehensweise der Studie „Mobilität in Deutschland", die infas mit Partnern für das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) durchgeführt hat. Zudem wird die von Motiontag entwickelte Tracking-App mobico eingesetzt, die Bewegungsdaten via Smartphone aufzeichnet und die genutzten Verkehrsmittel ermittelt.

Alt und Jung, Arm und Reich, Stadt und Land

Während sich abzeichnete, dass Tagesstrecken, Unterwegsquoten und -zeiten eher früher als später wieder das gewohnte Niveau erreichen, ist dies bei der Verkehrsmittelwahl bislang nicht so. Der übliche Wege-Modal-Split, den wir in der Befragung analog zum bisherigen MiD-Verfahren ermitteln, zeigt Erstaunliches: Der Anteil der nur zu Fuß zurücklegten Wege stieg von rund 20 Prozent in einem normalen Mai auf 27 Prozent im Frühsommer 2020. Doch auch hier täuscht der Durchschnittswert. In den Stadtregionen nahmen im Mai und Juni Fuß- und Radverkehr zusammen 42

Prozent ein. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) kam auf 53, der Öffentliche Verkehr (ÖV) auf 7 Prozent. Im Vergleich zu den MiD-Werten aus Nicht-Corona-Zeiten bedeutete dies vor allem für Bus und Bahn einen herben Rückgang. Die Pkw-Anteile dagegen waren stabil, wobei die Mitfahreranteile coronabedingt etwas in Mitleidenschaft gerieten. Fuß- und Radverkehr legten gemeinsam betrachtet zu. In den ländlichen Regionen war dies ähnlich, wobei dort der öffentliche Verkehr sein mit 5 Prozent hier ohnehin geringes Niveau anteilig verteidigt. In diesen Regionen ist ein großer Teil der Kunden nicht wahlfrei, etwa weil kein Auto verfügbar ist oder die Distanzen für das Fahrrad zu groß sind.

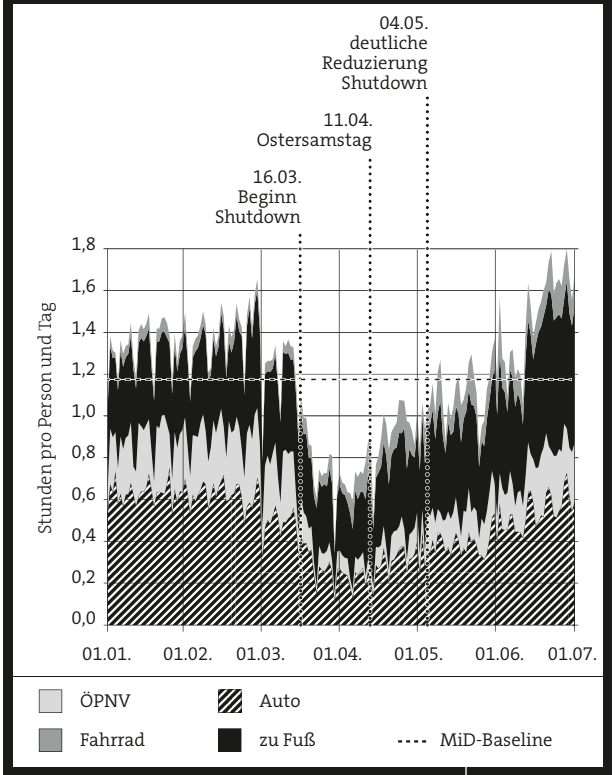
Mit Blick auf die bewältigten Personenkilometer im Mai und Juni zeigte sich, dass das Zufußgehen den Radverkehr überstieg: Die tägliche Zu-Fuß-Leistung stieg von 80 auf beachtliche 115 Mio. Kilometer. Der Radverkehr verzeichnete hinsichtlich der Gesamtkilometer während des Lockdowns und danach Einbußen, reduzierte sich aber etwas weniger als der Verkehr insgesamt. Die Verkehrsleistung der „Öffentlichen" verringerte sich hingegen von 635 Mio. Personenkilometer täglich auf nur noch 182 Mio. Auch knapp zwei Monate nach dem Lockdown im April und Mai konnte er sich von diesem Einbruch nicht erholen. Das Auto erreichte hingegen mit 1.620 Mio. Kilometern schnell die alte „Bestform" (1.661 Mio.).

Aber wie steht es bei näherem Blick um den in der Verkehrsplanung stark beachteten Hoffnungsträger, das Fahrradfahren? Viele Zählstellen zeigen bis in den Sommer hinein eindrucksvoll steigende Zahlen, vor allem in einigen Großstädten, wo mitunter sogar Radspuren eingerichtet wurden. In dem von uns gemessenen bundesweiten Fahrradanteil spiegelt sich dies im Vergleich zum Benchmark aus den Vorjahren jedoch nicht wider. Er verharrt bei etwas über 10 Prozent aller Wege. Absolut gesehen sind es sogar weniger Bewegungen als zuvor. Verrinnt das gefühlte Fahrradhoch so auf dem Prüfstand der Empirie? Nicht ganz, denn die mit dem Rad gefahrenen Strecken sind deutlich länger geworden. Während „vor Corona" jeder geradelte Weg eine mittlere Strecke von 4,3 Kilometern hatte, stieg die Distanz in Mai und Juni um 30 Prozent auf 5,6. Aber ob dies bei wieder engeren Zeitbudgets, schlechterem Wetter und anderen Anforderungen im Berufsverkehr so bleiben wird, darf bezweifelt werden.

Bald noch vollere Straßen und leere Busse und Bahnen?

Von der sich spätestens seit Juni abzeichnenden Erholung werden trotzdem alle Verkehrsträger profitieren,

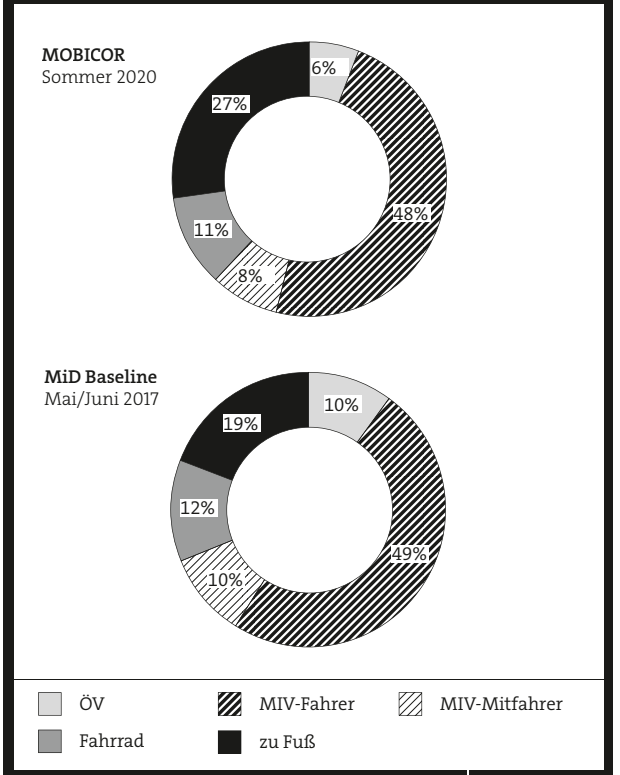
Unterwegszeit pro Tag und Person: Erstes Halbjahr 2020



n = 1.200, Angaben in Stunden
Quelle: Testsample Motiontag

infas

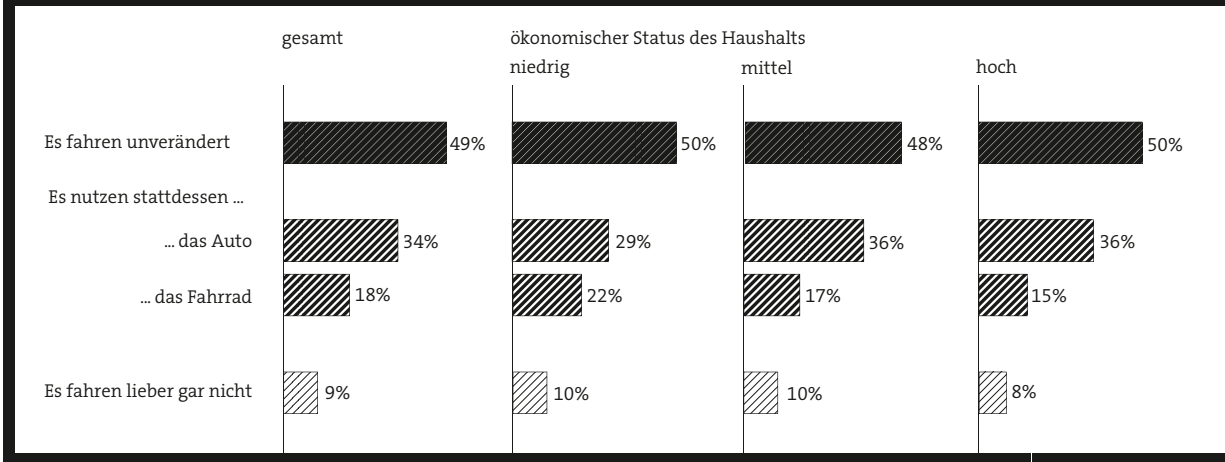
Aufteilung der Verkehrsmittel im Vergleich: 2017 gegenüber 2020



Personen ab 16 Jahre, erfasste Wege
Quelle: „Mobilität in Deutschland" (MiD) und MOBICOR

infas

Alternative Verkehrsmittelnutzung zum öffentlichen Verkehr im Sommer 2020: Mit dem Auto oder Fahrrad



n = 1.500, Personen ab 16 Jahren, Mehrfachnennung möglich
Quelle: MOBICOR, 1. Welle 2020

infas

natürlich das Auto, aber verzögert auch der öffentliche Verkehr. Doch es wird nicht von allein besser werden. Das Fahrradhoch hat aller Voraussicht nach ohne künftige strukturelle Flankierungen keinen Bestand. Zudem sind nicht alle Ausweichlösungen – etwa von Bus und Bahn auf den Fahrradsattel – auf Dauer praktikabel. Und die bis zum Sommer erhobenen Zahlen legen keine kurzfristige Erholung für Bus und Bahn nahe. Bisher kann dieses Verkehrssegment weder sein altes Niveau noch seine Anteile wieder erreichen. In der Summe liegt es im Bereich seiner eigenen 50-Prozent-Marke. Maskenpflicht und das teilweise längere Zeit eingeschränkte Angebot machen den ÖPNV noch weniger zu einem Vergnügen, als er es für manche seiner Fahrgäste schon zu normalen Zeiten gewesen ist. Auch wenn die hergebrachte Bedienungshäufigkeit wieder verfügbar sein wird, bleiben aller Voraussicht nach gefühlte Beeinträchtigungen bestehen. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass viele ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer auf dieses Verkehrsmittel angewiesen sind. Ein Blick in die MiD zeigt, dass rund zwei Drittel der ÖPNV-Wege von Personen zurückgelegt werden, in deren Haushalt kein Auto zur Verfügung steht oder bewusst auf dieses verzichtet wird. Wenn Wege wieder länger werden, Arbeits-, Freizeit- und Versorgungswege erneut oder weiterhin anstehen, ist diese Mehrheit zunächst auf die Beförderung per Bus oder Bahn angewiesen.

Wird die Corona-Krise das Verkehrsgeschehen länger als nur in einer – noch nicht komplett ausgestandenen – heißen Phase verändern? Viele Anzeichen sprechen dafür, dass die alte Normalität zumindest in Sachen Alltagsmobilität schneller wieder Praxis wird als während des Lockdowns oder auch im Herbst oft unterstellt. Davon profitiert aus den genannten Gründen vermutlich vor allem das private Auto.

Verkehrt gewendet?

Muss damit die kaum begonnene Mobilitätswende von vorn beginnen und neuen Anlauf nehmen? Geraten die selbst innerhalb der Städte noch zarten Pflänzchen der neuen Sharing-Kulturen in Mitleidenschaft? Ist der öffentliche Verkehr als wichtigster Träger der gewünschten Wende so stark gebeutelt, dass die Erholungsphase lang sein wird? Und ist die Kraft bewährter Routinen und mancher unabweisbarer Notwendigkeiten so mächtig, dass sich Fahrradfreuden und Fußgängerplus als Strohfeuer entpuppen? Die aktuelle Bilanz lässt eine falsche Richtung befürchten. In jedem Fall bleibt für die Umorientierung viel Arbeit, in den Städten wie außerhalb der Ballungsräume. Einer Verkehrswende werden die Erfahrungen während der Corona-Phase nur auf die Sprünge helfen, wenn sich daraus neue Angebotsstrukturen ergeben: mehr Platz und praktisch umgesetzte Wertschätzung für den Fuß- und Radverkehr, neue Sorgfalt, Ideen und Kundenorientierung im öffentlichen Verkehr sowie ein bewussterer Umgang mit der Autonutzung. Was bleiben wird und nicht einzuhegen ist, sind unsere Mobilitätsbedürfnisse, auch dies lehrt die Krise. Wie eine in Deutschland oft nur partielle Ausgangssperre offenbar schnell an ihre Grenzen stößt, wenn ihr Anlass vermeintlich verschwindet oder weniger offensichtlich ist, so wird auch unsere Mobilität im Alltag einer Wohlstandsgesellschaft kaum oder nicht reduzierbar sein.

Zum Weiterlesen:
Follmer, R., Schelewsky, M.: Mobilitätsreport. Mehrere Ausgaben ab Mai 2020, www.infas.de
Mobilität in Deutschland, verschiedene Berichte, www.mobilitaet-in-deutschland.de.

Einen Zielkonflikt aushalten …

„Es geht darum, das Virus auf seinem Weg durch Deutschland zu verlangsamen. Und dabei müssen wir, das ist existenziell, auf eines setzen: das öffentliche Leben so weit es geht herunterzufahren. Natürlich mit Vernunft und Augenmaß, denn der Staat wird weiter funktionieren, die Versorgung wird selbstverständlich weiter gesichert sein und wir wollen so viel wirtschaftliche Tätigkeit wie möglich bewahren."

Angela Merkel am 18. März 2020

Von Maurice Meyer
und Jacob Steinwede

Die Bundesregierung und die Landesministerien haben mit beachtlicher Schnelligkeit auf die dynamische Entwicklung des Corona-Infektionsgeschehens reagiert und Maßnahmen zur Eindämmung des Virus erlassen. Bereits am 27. Januar 2020 – noch bevor die WHO den Ausbruch des Coronavirus zur Pandemie erklärte – wurde ein Krisenstab zwischen Innen- und Gesundheitsministerium einberufen, der für die operative Umsetzung aller für den Bund denkbaren Handlungsoptionen zuständig ist. Auch in den Ländern wurden entsprechende Gremien gebildet. Im März nahm dann die Zahl der bestätigten Infektionen in der Bundesrepublik in rasantem Tempo zu und veranlasste die Exekutive auf Bundes- und Landesebene zu bis dato nie gekannten Einschränkungen des öffentlichen Lebens, die unter dem Begriff „Lockdown" Eingang in das kollektive Gedächtnis finden werden. Es mussten Schulen, Geschäfte und Betriebe schließen, Kontaktverbote wurden auferlegt, Außengrenzen wurden geschlossen und das Recht auf Freizügigkeit wurde stark eingeschränkt. Die Tragweite der beschlossenen Maßnahmen mag die Bundeskanzlerin letztlich dazu bewogen haben, am 18. März 2020 zum ersten Mal abseits der Neujahrsansprachen direkt zur Bevölkerung in Deutschland zu sprechen. Erklärtes Ziel ihrer Rede war es, die getroffenen Maßnahmen zu erläutern und zur Einhaltung der neuen Regeln aufzurufen.

Die Geschehnisse zu Beginn des Lockdowns und die schrittweisen Lockerungen der Maßnahmen lassen sich nun mit zeitlicher Distanz betrachten. Unlängst sind Debatten um die Verhältnismäßigkeit der Grundrechtseinschränkungen entbrannt und politische Entscheidungen werden kritisch hinterfragt. So führt der Politikwissenschaftler Sascha Kneip (WZB Berlin) etwa die These einer Legitimitätskrise an. Seit Corona bestehe ihm zufolge ein Ungleichgewicht zwischen der im Grundgesetz verankerten normativen Ordnung einerseits und andererseits dem politischen Handeln sowie insbesondere auch der von der Bevölkerung zum Ausdruck gebrachten Unterstützung für ebendiese. Nicht nur das Handeln der Exekutive sei beunruhigend, auch die Einstellungen und Haltungen der Bevölkerung seien es, die nach seiner Auffassung Freiheitseinschränkungen überraschend bereitwillig hinnahm.

Doch wie groß war die Unterstützung seitens der Bevölkerung tatsächlich? Vor allem die sich nun allmählich abzeichnenden langfristigen wirtschaftlichen Folgen waren schon frühzeitig absehbar. Die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus mussten daher in jedem Bereich der Gesellschaft mit „Vernunft und Augenmaß" abgewogen werden, um „so viel wirtschaftliche Tätigkeit wie möglich zu bewahren" (Bundeskanzlerin Merkel). Dabei war eine Frage für den Alltag aller Bürger von zentraler Bedeutung: Wie weitrechend sollten die Kontaktverbote ausfallen? Sollten strenge Verbote gelten, auch wenn dies der Wirtschaft unweigerlich schadet? Oder sollten nur Risikogruppen, also kranke und alte Menschen, durch Kontaktbeschränkungen geschützt werden?

Für beide Wege gibt es mittlerweile international verschiedene Beispiele. Aber welche Strategie wurde von der

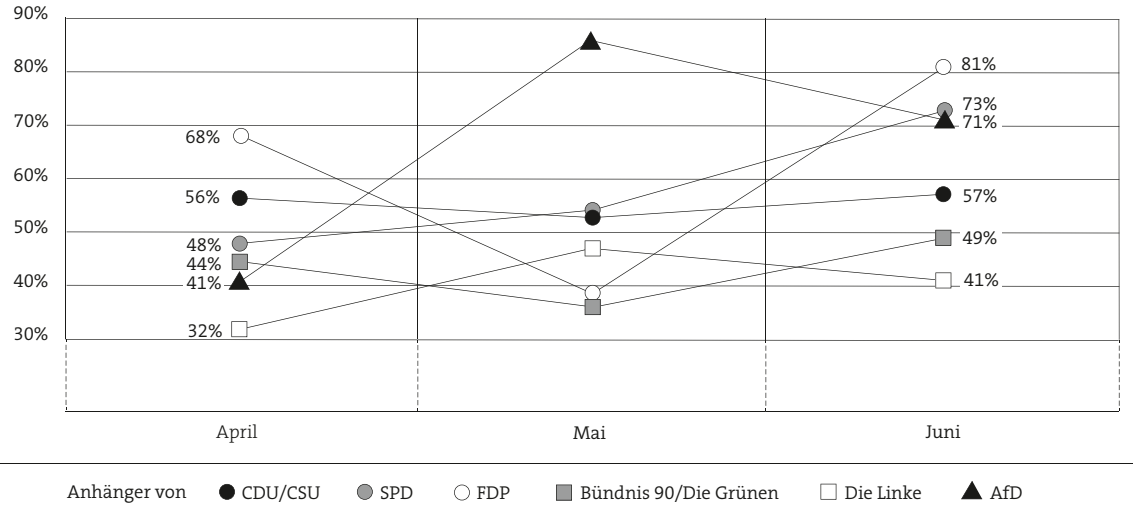
Bevölkerung in Deutschland zu Beginn und im weiteren Verlauf der Pandemie befürwortet? infas hat sich dieser Frage angenommen und im Rahmen einer Studie zwischen April und Juni 2020 rund 3.000 Bürger ab 18 Jahren telefonisch befragt. Die entsprechende Formulierung im Fragebogen lautete: Welche Entscheidung würden Sie befürworten? Alle Bürger sollten durch ein Kontaktverbot geschützt werden, auch wenn die Wirtschaft darunter leidet. Oder: Nur Risikogruppen (Kranke und Ältere) sollten durch ein Kontaktverbot geschützt werden, damit die Wirtschaft möglichst wenig darunter leidet. Alle Befragten wurden gebeten anzugeben, welche der beiden Strategien sie befürworten würden.

Zu Beginn des Lockdowns waren die Bürger in zwei annähernd gleich große Lager gespalten. Im April 2020 befürworteten 46 Prozent ein umfassendes Kontaktverbot und 50 Prozent Kontaktbeschränkungen nur für Risikogruppen. Dieses Verhältnis wandelte sich über die folgenden zwei Monate, sodass im Juni mit 60 Prozent diejenigen überwogen, die nur für den Schutz von Risikogruppen waren, damit die Wirtschaft möglichst wenig leidet. Zu dieser Zeit traten umfassende Lockerungen der Schutzmaßnahmen in Kraft. Insgesamt war zu beobachten, wie sich zum Teil binnen weniger Tage die politische und gesellschaftliche Lage veränderte. Es ist daher naheliegend anzunehmen, dass sich die Einschätzungen der Bürger hinsichtlich der adäquaten Umgangsweise mit der Pandemie teilweise ebenfalls rasch änderten oder mit großer Unsicherheit behaftet waren. Dennoch zeigen sich auch erste Strukturen im Antwortverhalten. So gibt es auffällige Unterschiede hinsichtlich der Anteile von Befürwortern und Gegnern eines umfassenden Kontaktverbots zwischen Anhängern der politischen Parteien: Werden die Befragten nach ihrer Parteipräferenz gruppiert, so zeigen sich auch bei Unions- und SPD-Anhängern unterschiedliche Trends. Während der Anteil an Gegnern eines umfassenden Kontaktverbots in der Gruppe der CDU-Unterstützer konstant zwischen 50 und 60 Prozent lag, betrug der entsprechende Anteil in der SPD-Klientel im April zunächst noch 48 Prozent und stieg bis Juni um 25 Prozentpunkte auf 73 Prozent.

Zwischenzeitlich ausnehmend hoch (über 80 Prozent) war die Ablehnung eines umfassenden Kontaktverbots unter den potenziellen Wählern von FDP und AfD. Allerdings zeigen sich in beiden Gruppen beträchtliche Fluktuationen hinsichtlich der präferierten politischen Strategie im Umgang mit der Pandemie. Die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen befürworten hingegen über den gesamten Erhebungszeitraum zu großen Teilen ein Kontaktverbot zum Schutz aller Bürger. Am höchsten ist der Anteil der Befürwortung mit 61 Prozent hier im Mai 2020 gewesen. Auch die Klientel der Linken tendiert vergleichsweise stärker zur Befürwortung eines umfassenden Kontaktverbots. Jedoch weicht man hier im Unterschied zum Grünen-Lager im Mai 2020 deutlich von dieser Tendenz ab und spricht sich mehrheitlich für Kontaktbeschränkungen nur für Risikogruppen aus.

Der Lockdown des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik stellte eine historisch erstmalige wie auch bis-

Ansichten von Wählerinnen und Wählern:
Zustimmung zur Aussage „Nur Risikogruppen schützen, damit die Wirtschaft möglichst wenig leidet“



Welche Entscheidung würden Sie befürworten? Alle Bürger sollten durch ein Kontaktverbot geschützt werden, auch wenn die Wirtschaft darunter leidet. Oder: Nur Risikogruppen (Kranke und Ältere) sollten durch ein Kontaktverbot geschützt werden, damit die Wirtschaft möglichst wenig darunter leidet.
Im April n = 1.012, im Mai n = 981 und im Juni n = 1.020
Quelle: infas-Mehrthemenbefragung 2020

infas

her einmalige Situation dar. Dabei bestand von Beginn der Pandemie an ein grundlegender politischer Zielkonflikt: der Konflikt zwischen möglichst umfassend wirksamen Schutzmaßnahmen einerseits und den von der Verfassung garantierten individuellen Grundrechten sowie der Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Tätigkeit andererseits. Dabei hatten bereits im April 2020 politische Debatten um Lockerungen der zuvor eingeführten Kontaktverbote erste Fahrt aufgenommen. Vor diesem Hintergrund zeigen unsere Befragungsergebnisse erste Spuren einer beginnenden Politisierung auf. Die bereits so früh messbaren Unterschiede der hier betrachteten Gruppen weisen darauf hin, dass sich die Gesellschaft auf eine wachsende Polarisierung einstellen muss.

Zum Weiterlesen:
Kneip, S. (2020): Wenn die Exekutive viral geht. Demokratie, Rechtsstaat und Legitimität in Zeiten von Corona. In: WZB Mitteilungen, Heft 168, 2020, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Interviewertätigkeit in Corona-Zeiten

Von Birgit Jesske und Jennifer Weitz

Mit dem Ausrufen der Pandemie durch die WHO und den damit verbundenen Restriktionen hat das Coronavirus im März 2020 das öffentliche und wirtschaftliche Leben in weiten Teilen zum Erliegen gebracht. Während manche Branchen als systemrelevant eingestuft und die Arbeitskräfte dringend gebraucht wurden, mussten andere auf Distanz gehen und von heute auf morgen ihre Tätigkeiten einstellen. Genauso erging es den Face-to-Face-Interviewern, da Besuche vor Ort mit dem Lockdown ab Mitte März in Deutschland ausgeschlossen waren und keine persönlichen Befragungen mehr durchgeführt werden konnten. Anders im Telefonstudio: Hier konnten Interviewer ihre Tätigkeit ins Homeoffice verlagern. An dieser Situation hat sich auch ein halbes Jahr später nur wenig geändert. In vielen Projekten wurden die Einsätze der Face-to-Face-Interviewer auf das nächste Jahr verschoben. Manche Fälle aus dem Face-to-Face-Feld wurden auf andere Modes verteilt und dort realisiert. Alles in allem eine schwierige Situation für ein Face-to-Face-Interviewerfeld, das sicherlich auch im nächsten Jahr mit großer Flexibilität und neuen Vorgehensweisen agieren muss.

Wir haben unsere Face-to-Face-Interviewer zu ihrer persönlichen Situation und ihrem Umgang mit der Corona-Krise befragt. Das waren Fragen, wie wir sie auch in der infas-Mehrthemenbefragung an Personen ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland gerichtet haben. Darüber hinaus haben wir nach den Perspektiven und der Bereitschaft für eine Weiterführung der Interviewtätigkeit im nächsten Jahr gefragt. Die Rückmeldungen sind durchweg positiv und lassen hoffen, dass die infas-Interviewer zu ihrer Tätigkeit vor Ort und dem persönlichen Kontakt zu Befragungspersonen zurückkehren werden – auch unter schwierigeren Bedingungen und unter Einhaltung der notwendigen Schutzmaßnahmen.

Persönliche Situation der Face-to-Face-Interviewenden

Face-to-Face-Interviewer sind aufgrund ihrer Tätigkeit, die auf persönlichem Kontakt basiert, in besonderer Weise von der Corona-Situation betroffen. Bei ihnen wiegt der abrupte Verlust von Arbeitsmöglichkeiten und damit verbunden fehlenden regelmäßigen Einkünften deutlich schwerer als bei vergleichbaren Gruppen der bundesweiten infas-Mehrthemenbefragung. Im Umgang mit der Corona-Situation ähneln sich die Teilnehmer bei der Befragungen jedoch sehr. Mit Blick auf Schutzmaßnahmen berichten über 80 Prozent der Interviewer, dass sie persönliche Einschränkungen in Kauf nehmen, um Mitmenschen zu schützen, sowie

immer den Sicherheitsabstand einhalten. Über 40 Prozent von ihnen tragen darüber hinaus auch dann einen Mund- und Nasenschutz, wenn es die Vorschriften nicht ausdrücklich von ihnen verlangen. Die Corona-Situation bzw. die damit verbundenen Einschränkungen im alltäglichen Leben empfindet etwa ein Fünftel als Belastung; wohingegen nahezu die Hälfte dies nicht so wahrnimmt. Auch die Frage nach der Angst vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus wird von der Hälfte der Face-to-Face-Interviewerinnen und -Interviewer verneint. In Bezug auf den Zeitpunkt der Lockerungen von Corona-Maßnahmen teilen sich die Meinungen: Etwa ein Drittel ist der Meinung, dass die Lockerungen zu früh stattgefunden haben, währenddessen 43 Prozent die Entscheidung als nicht zu früh getroffen einstufen.

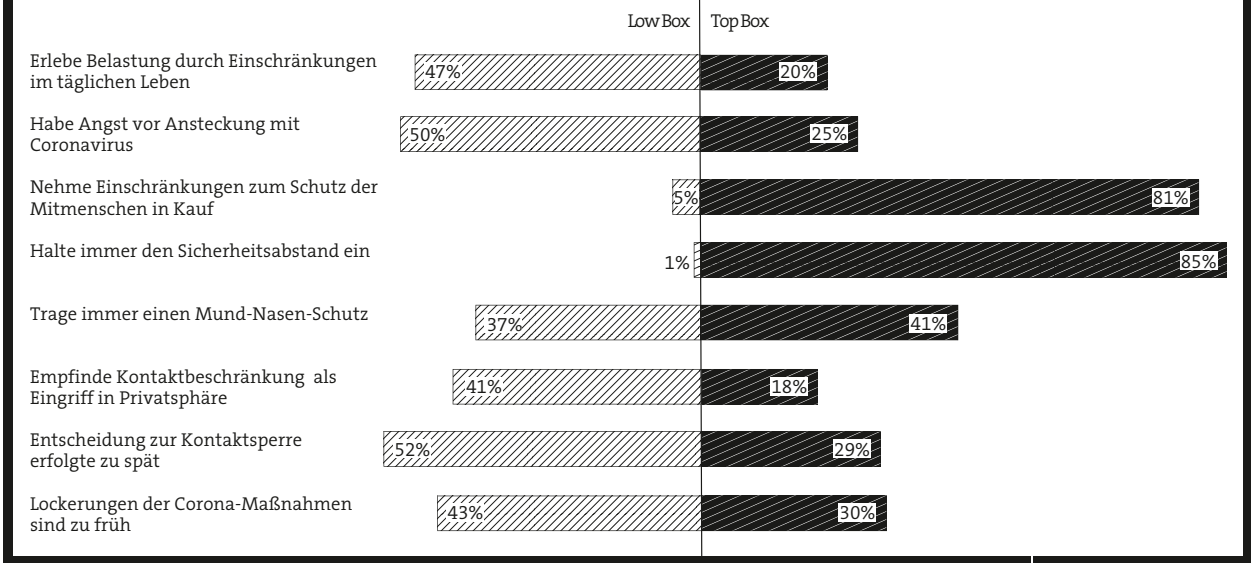
Weiterführung der Interviewtätigkeit

Der Verlust von Arbeitsmöglichkeiten wurde von den Face-to-Face-Interviewenden doppelt schwer empfunden, weil es auf der einen Seite gerade bei den Panelstudien eine Unterbrechung ihrer Kontakte zu bekannten Befragungspersonen bedeutete. Auf der anderen Seite mussten sie hinnehmen, dass ein Wechsel in die telefonische Weiterbearbeitung und die Übernahme der Adressen durch einen Interviewenden aus dem Telefonstudio stattfand. Dieser Mode- und Interviewerwechsel hatte zumindest in einem Projekt nicht erwünschte Effekte auf die Response-Rate. Das hat dazu geführt, dass ab Mitte Mai in diesem Projekt eine Rückkehr zum Einsatz von Face-to-Face-Interviewenden stattfand, und zwar in der Weise, dass diese Interviewer mit „ihren Befragten" das Interview telefonisch durchführten. Dieser alternative Mode hatte den Vorteil, dass die Kontaktaufnahme durch die bekannte Interviewerin bzw. den bekannten Interviewer gewährleistet werden konnte, auch wenn das anschließende Interviewgespräch telefonisch vom eigenen Telefonanschluss geführt wurde.

> „Ich bin der Meinung, dass grundsätzlich im Leben nichts ohne Risiko ist. Jedoch denke ich, dass unter Nutzung des Mund-Nase-Schutzes und der Einhaltung des notwendigen Abstands Face-to-Face-Befragungen nichts im Wege stehen sollte."
>
> infas-Interviewer, 60 Jahre

Die Befragung der Face-to-Face-Interviewer zeigt, dass eine Rückkehr zu einer Interviewtätigkeit vor Ort gewünscht wird. 68 Prozent der befragten Interviewer haben keine Bedenken, persönlich-mündliche Befragungen im nächsten Jahr durchzuführen. 76 Prozent würden bereits jetzt ihre Panelteilnehmer wieder vor Ort aufsuchen. Für viele steht der persönliche Kontakt bei ihrer Arbeit im Vordergrund. Dabei ist ihnen durchaus bewusst, dass eine Interviewtätigkeit in Zukunft

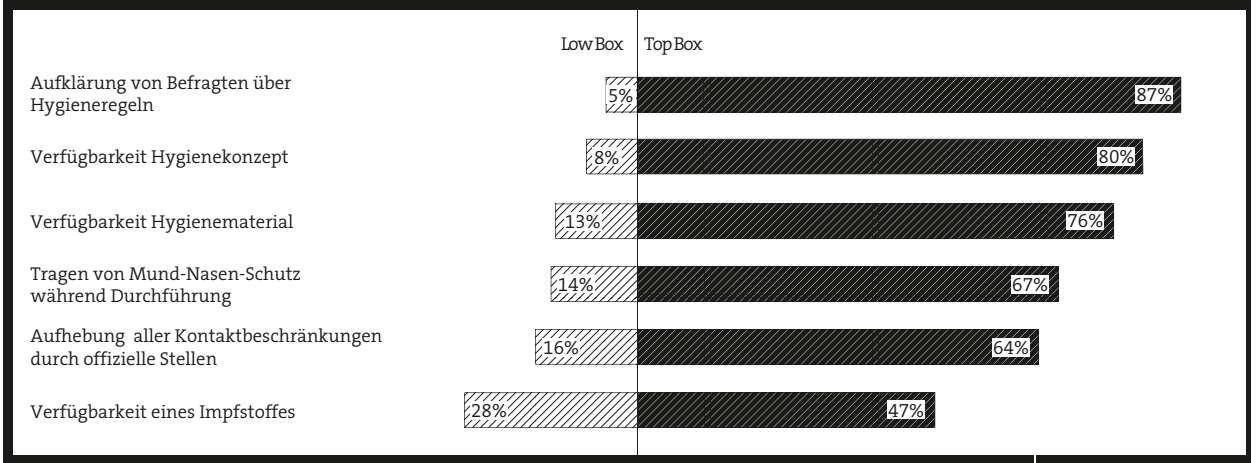
Wie gehen Interviewer persönlich mit der Corona-Krise um?
Im alltäglichen Leben zeigen sich Belastungen, aber Schutzmaßnahmen werden ernst genommen.



Dargestellt: Top-Box-Werte (Anteil 1 und 2) und Low-Box-Werte (Anteil 4 und 5) auf einer Skala von 1 = „sehr wichtig" bis 5 = „überhaupt nicht wichtig"
Im September n = 442
Quelle: infas-Interviewerbefragung, 2020

infas

Unter welchen Bedingungen ist eine Wiederaufnahme von Face-to-Face-Befragungen möglich? Große Bereitschaft zur Wiederaufnahme, wenn das Hygieneverhalten stimmt.



Dargestellt: Top-Box-Werte (Anteil 1 und 2) und Low-Box-Werte (Anteil 4 und 5) auf einer Skala von 1 = „sehr wichtig“ bis 5 = „völlig unwichtig“
Im September n = 442
Quelle: infas-Interviewerbefragung, 2020

infas

etwas anders aussehen wird als bisher. Fast die Hälfte der Mitarbeiter aus dem infas-Interviewerstab hat bereits Erfahrungen mit dem Mode „CAPI per Phone“ gesammelt. Der alleinige Rückgriff auf telefonische Interviews wird aber nicht ausreichen. Das haben die Erfahrungen der letzten Jahre in den Telefonstudios gezeigt. Damit Interviewer wieder vor Ort arbeiten können, sind aus ihrer Sicht die besonderen Hygieneregeln und -materialien, aber auch die Aufklärung der Befragungspersonen besonders wichtig. Für das Tragen eines Mundschutzes während des Interviews plädieren zwei Drittel der Interviewer. Ein ähnlich hoher Anteil setzt für die Tätigkeit vor Ort behördliche Freigaben wie die Kontaktbeschränkungen voraus. Dagegen ist die Verfügbarkeit eines Impfstoffs für weniger als die Hälfte relevant.

Die Fortführung eines Face-to-Face-Feldes in Zukunft ist nicht nur aus Sicht der Interviewer wünschenswert. Bei Registerstichproben und mit Blick auf die Vermeidung von Selektivitäten wird man in sozialwissenschaftlichen Erhebungen nicht ohne Interviewer vor Ort auskommen. Eine größere Vielfalt der Modes wird in den Studiendesigns notwendig sein, um verschiedensten Zielgruppen und den Situationen vor Ort gerecht werden zu können. Neue Verhaltensweisen beim persönlichen Kontakt zu Befragungspersonen, aber auch Vorgehensweisen wie „CAPI per Phone“ wird man zulassen müssen. Sie sind bei infas in den Planungen für einige anstehende Projekte bis ins nächste Jahr bereits enthalten.

> „Mit einem ausgewogenen Hygienekonzept, wie etwa Mundschutz, Abstandsregelung und Desinfektion der vorhandenen Materialien, müsste sich jeder „sicher“ fühlen!“
>
> infas-Interviewer, 61 Jahre

Falscher Freund

Ohne Zweifel birgt Homeoffice Vorteile – aber auch Risiken

Von Armando Häring

Mit Corona kam das Homeoffice. Manche sprechen von einem aufgezwungenen Experiment, andere halten es für eine überfällige Entwicklung und die Zukunft des Arbeitens. Bei aller Euphorie wird gerne übersehen, dass bei Weitem nicht jeder Beschäftigte diese Option nutzen konnte. Wer profitiert von der schönen neuen Homeoffice-Welt? Sind es am Ende diejenigen, die sich aufgrund ihrer Bildungs- und Berufsabschlüsse ohnehin in einer privilegierten Situation auf dem Arbeitsmarkt befinden?

Für eine Analyse ist erst einmal der Begriff zu präzisieren. Grundsätzlich unterscheidet sich Homeoffice oder Telearbeit vom sogenannten mobilen Arbeiten. Ersteres ist nach der Arbeitsstättenverordnung §2 Abs. 7 geregelt, die vorsieht, dass der Arbeitgeber einen festen Arbeitsplatz im privaten Wohnbereich des Arbeitnehmers einrichtet und feste Zeiten für das Arbeiten von zu Hause vereinbart. Mobiles Arbeiten ist dagegen das zeitweise Arbeiten von unterwegs oder an verschiedenen Arbeitsorten, etwa auf Dienstreisen, auf dem Weg zur Arbeit, bei freier Arbeitsplatzwahl im Betrieb oder eben von zu Hause. Hierzu reichen in der Regel ein Laptop und eine Internetverbindung. Mit dieser Form des mobilen Arbeitens haben während der Corona-Pandemie höchstwahrscheinlich die meisten Beschäftigten Erfahrung gemacht, denn es bedarf dafür keines fertig eingerichteten Arbeitszimmers in der heimischen Wohnung. Denn ob dieses wirklich von jedem Beschäftigen ersehnt wird, der aktuell vom Homeoffice auch nach Corona träumt, ist fraglich.

Die aktuelle Wahrnehmung von Homeoffice ist untrennbar mit Corona verbunden

Nach den Ergebnissen der Arbeitszeitbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hatten im Jahr 2017 lediglich 8 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland mindestens einen Tag pro Woche im Homeoffice gearbeitet. Erhebungen von infas vom Juni 2020 dokumentieren mit dem Lockdown einen erheblichen Anstieg auf rund 30 Prozent. Das spricht dafür, dass die Akzeptanz des Arbeitens von zu Hause hoch ist und sich viele auch nach Corona die Option wünschen, weiter von zu Hause zu arbeiten. Die Vorteile werden klar gesehen: Es spart Fahrt- und Pendelzeiten zur Arbeit. Das werden viele besonders montagmorgens oder freitagnachmittags sehr zu schätzen wissen. Um rund fünf Millionen Tonnen pro Jahr kann der CO_2-Ausstoß im Verkehr sinken, wenn 40 Prozent der Arbeitnehmenden dauerhaft an zwei Tagen pro Woche von zu Hause arbeiten, hat das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung für Greenpeace ermittelt. Auch erleichtert die Option, von zu Hause aus zu arbeiten, womöglich, Berufs- und Privatleben besser zu vereinbaren.

Aber es gibt auch Stimmen, die Homeoffice eher kritisch sehen: Gängige Befürchtungen sind etwa, dass man den Kontakt zu den Kollegen verliert oder Homeoffice insbesondere zulasten von Müttern geht. Diese können zwar einerseits die Kinderbetreuung besser in ihr Berufsleben integrieren oder haben perspektivisch überhaupt erst die Chance, trotz Kindern zumindest partiell zu arbeiten. Analysen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in Düsseldorf sprechen jedoch für eine Doppelbelastung von Müttern, die bei Homeoffice neben der Arbeit häufig mehr Kinderbetreuung als die Väter übernehmen.

Kritische Stimmen zum Homeoffice gibt und gab es bereits vor Corona. Anhand der infas-Studie wird aber deutlich, dass die aktuellen Befürworter vor allem diejenigen sind, für die Homeoffice oder mobiles Arbeiten während der Corona-Pandemie möglich war. Und das hängt nicht vom Zufall ab, sondern von der Branche. Deutliche Unterschiede zeigen sich zudem auch nach der beruflichen Stellung und dem höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss der Beschäftigten.

Es bestehen damit ganz offensichtliche Unterschiede im Zugang zum Homeoffice während der Corona-Pandemie. Diese sind nicht neu, sondern zeichnen ein Bild davon, wer bereits vor Corona und wahrscheinlich auch in Zukunft von den Vorzügen des Homeoffice profitieren konnte und kann. Ganz entscheidend wird dafür sein, ob man überwiegend manuellen oder kognitiven Tätigkeiten in seiner Arbeit nachgeht. Die Ergebnisse der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2018 zeigen hierzu deutlich, dass bereits in der Vergangenheit die Chance, von zu Hause aus zu arbeiten, erheblich größer war, je mehr man kognitiven Tätigkeiten bei seiner Arbeit nachging und digitale Arbeitsmittel wie Computer, Internet oder E-Mails einsetzte. Daran wird deutlich, dass die Digitalisierung der Arbeitswelt nicht bei allen Beschäftigten gleich ankommen wird. Für große Teile der Beschäftigten wird das

Homeoffice auch in Zukunft aufgrund der Tätigkeit keine Option sein, Beispiel Gesundheits- und Sozialwesen. Hier ist der Weg zum Arbeitsplatz unvermeidbar, da pflegerische oder therapeutische Arbeit nur vor Ort stattfinden kann. Die Digitalisierung der Arbeit bedeutet für diese Beschäftigten etwas völlig anderes: Bereits heute deutet vieles darauf hin, dass sie nicht mit Entlastung oder mehr Flexibilität im Arbeitsalltag verbunden ist, sondern stattdessen zu mehr Arbeitsverdichtung und zu mehr Kontrolle durch permanentes Monitoring von Arbeitsabläufen führt. Eine ähnliche Situation lässt sich auch für Beschäftigte in der industriellen Produktion oder im Post- und Lieferverkehr vermuten.

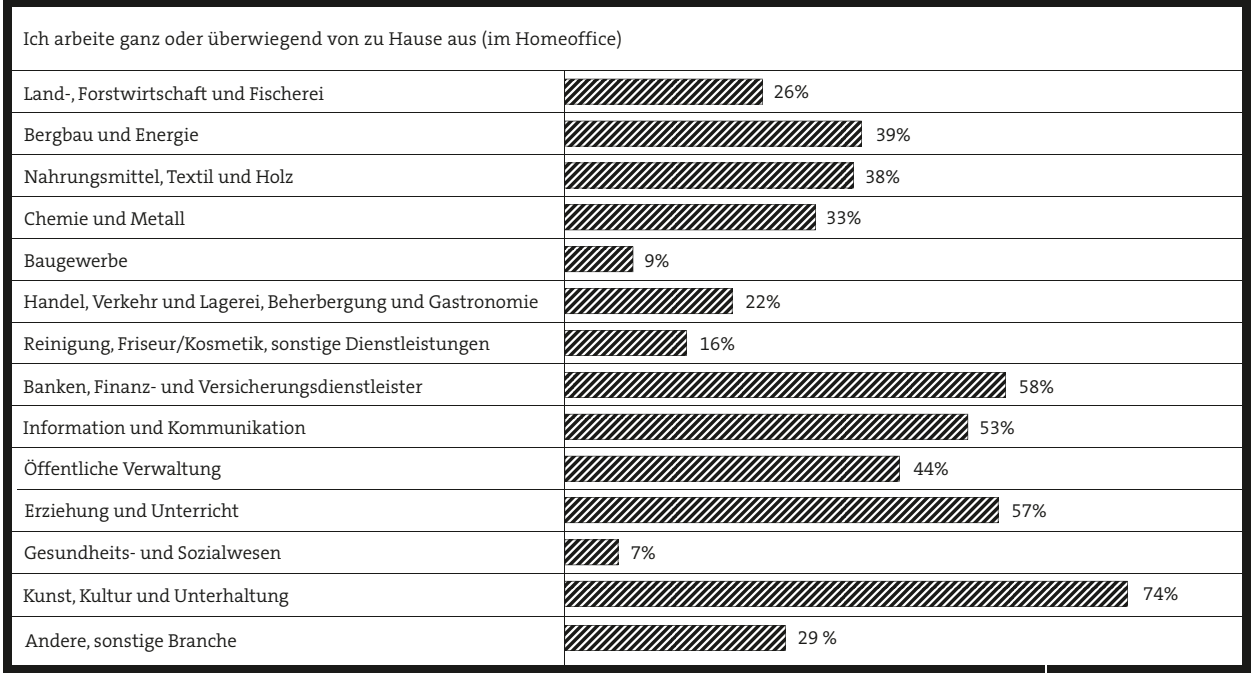
Mit Corona kam das Homeoffice, aber was bleibt?

Mit Corona kam das Homeoffice für viele, aber bei Weitem nicht für alle. Die Corona-Pandemie zeigt deutlich, dass die Digitalisierung der Arbeitswelt nicht bei allen Beschäftigten gleichermaßen ankommt. Die Corona-Pandemie könnte diese Entwicklung nun noch beschleunigt haben und bestehende Unterschiede weiter vertiefen.

Die Teile der Beschäftigten, die von der Homeoffice-Möglichkeit profitieren, werden sich mittelfristig auch mit den Kehrseiten auseinandersetzen müssen: den damit einhergehenden schwindenden Grenzen zwischen Beruflichen und Privatem, komplexeren Abstimmungsverfahren, fehlenden Sozialkontakten oder sogar alten Rollenmustern der berufstätigen Mutter, die auch für die Kinderbetreuung verantwortlich ist. Dass das Thema Homeoffice jedoch wieder zu einem Nischenthema wird, wie vor der Corona-Pandemie, kann zum jetzigen Stand ausgeschlossen werden.

Zum Weiterlesen:
Scholz, J. (2020): Gekommen, um zu bleiben. Homeoffice und Corona, im infas-Blog, blog.infas.de
Mergener, A. (2020): Berufliche Zugänge zum Homeoffice, Kölner Zeitschrift für Soziologie, doi.org/10.1007/s11577-020-00669-0
Backhaus, N., Wöhrmann, A., Tisch, A. (2019): BAuA-Arbeitszeitbefragung: Telearbeit in Deutschland, baua: Bericht kompakt, 1. Auflage, DOI: 10.21934/baua:berichtkompakt20191216
Tisch, A. Meyer, S.-C. (2020): Chancen und Risiken der Digitalisierung in den beruflichen Tätigkeitsfeldern Pflegen, Betreuen und Heilen, Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, Volume 63, 2020. Seiten 690-697, DOI: 10.1007/s00103-020-03160-5
Hipp, L., Bünning, M. und Munnes, S. (2020): Was das Homeoffice anrichtet. www.zeit.de/wirtschaft/2020-04/heimarbeit-homeoffice-corona-alltag-arbeitsbedingungen
Lott, Y (2019): Weniger Arbeit, mehr Freizeit? Wofür Mütter und Väter flexible Arbeitsarrangements nutzen. WSI-Report Nr. 47, März 2019, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
Greenpeace e. V.: Klimaschutz im Kleinraumbüro. www.greenpeace.de

Wer arbeitet im Juli ganz überwiegend von zu Hause aus?
Homeoffice ist während der Corona-Pandemie nur in bestimmten Branchen eine Option



Im Juli n=1.000, ab 18 Jahren
Quelle: infas-Mehrthemenbefragung, 2020

infas

Wie die Erfahrung von Interviewern die Datenqualität beeinflusst

„Consider this scenario. The finest thinkers develop a clever new theory that may help answer a pressing human problem. They find the most talented survey researchers to design an ideal instrument that will test the theory. A statistician selects a perfectly representative sample of people to take the survey. A computer programmer programs the survey software flawlessly. Everything up to this point is precise and complete. But none of it matters without highly trained interviewers to gather the data."

Patricia A. Gwartney

Von Theresa Müller

Als Sozialforschungsinstitut haben wir das Ziel, für Öffentlichkeit und Wissenschaft stets Daten mit einem hohen Maß an Qualität zur Verfügung stellen zu können. Wie Patricia Gwartney es treffend zusammenfasst, spielen Interviewer in persönlichen und telefonischen Befragungen dabei eine zentrale Rolle.

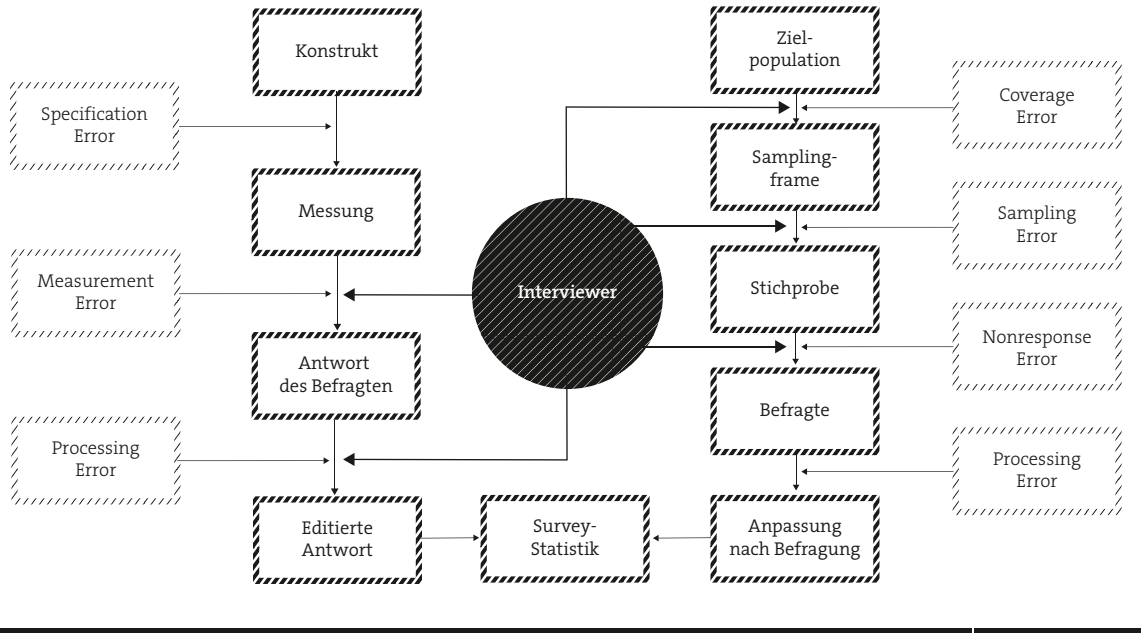
So sind sie je nach Studie für die Identifikation, die Klassifizierung und gegebenenfalls auch das Screening der gezogenen Befragungseinheiten zuständig, womit sie die zu befragende Stichprobe beeinflussen. Eine zentrale Rolle nehmen Interviewer außerdem bei der Motivation der Zielpersonen zur Teilnahme und damit der Verringerung von Unit-Nonresponse sowie der Durchführung der Befragung selbst ein. Besonders wichtig sind an dieser Stelle das standardisierte Vorgehen bei Fragen und Nachfragen sowie die korrekte und genaue Aufnahme der Antworten der Befragten. Abschließend werden die Daten von den Interviewern noch einmal überprüft und manchmal auch editiert. All diese Einflussmöglichkeiten von Interviewern auf die verschiedenen Schritte des Erhebungsprozesses sind auch der Abbildung des Total-Survey-Error-Modells auf der nächsten Seite zu entnehmen.

Trotz dieser zentralen Rolle der Interviewer bei Befragungen sind einige Aspekte von Interviewereffekten in der bisherigen Forschung noch kaum untersucht worden. Dazu zählen beispielsweise Effekte nicht beobachtbarer Interviewermerkmale, wie Erfahrung oder Erwartungen gegenüber den Befragten. Gerade die Erfahrung der Interviewer ist aber ein zentrales Merkmal, das immer wieder auch zur Planung und Steuerung der Feldarbeit herangezogen wird. Die bisherigen Forschungsergebnisse stützen diese Praxis, da sie darauf schließen lassen, dass erfahrene Interviewer eine höhere Ausschöpfung erzielen als ihre unerfahreneren Kollegen. Es ist allerdings bisher wenig über weitere, eventuell auch negative Effekte der Interviewererfahrung auf andere Schritte des Erhebungsprozesses bekannt. Mit der im Folgenden beschriebenen Analyse wurden die Effekte der Erfahrung von Interviewern daher noch einmal genauer beleuchtet.

Vorgehen bei der Analyse

Mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahr 2012 wurde der Einfluss der Interviewererfahrung auf mehrere Indikatoren von Datenqualität analysiert. Zur Untersuchung des Nonresponse Error wurden dabei zwei binär codierte Variablen für den erfolgreichen Kontakt mit einem Haushalt sowie die Teilnahme bzw. Kooperation des Haushalts bei der Befragung herangezogen. Zur Beurteilung der Qualität der Messung (Measurement Error) wurde der Anteil der Item-Nonresponse bei Einkommensfragen betrachtet.

Die Erfahrung eines Interviewers ist kein klar definiertes und direkt messbares Konstrukt. Untersucht wurden bislang meist die folgenden Dimensionen: Länge der Erfahrung, Breite der Erfahrung und die Erfahrung im Rahmen der aktuellen Erhebung. Als Operationalisierung



Quelle: Darstellung angelehnt an Ackermann-Piek, 2017

infas

für die Länge der Erfahrung wurde in der vorliegenden Analyse die Anzahl der bisher bearbeiten Wellen des SOEP herangezogen. Für den Einfluss der Breite der Erfahrung wurden zwei binär codierte Variablen verwendet, die zum einen Interviewer identifizierten, die parallel auch für andere Studien gearbeitet hatten, und zum anderen Interviewer, die parallel noch für andere Erhebungsinstitute arbeiteten. In Bezug auf die erhebungsspezifische Erfahrung wurde neben der Gesamtzahl der im Rahmen der Erhebung durchgeführten Interviews (Workload) auch die Reihenfolge der Interviews sowie die der Haushaltskontakte betrachtet.

Die Effekte der verschiedenen Arten von Interviewererfahrung auf die beschriebenen Qualitätsindikatoren wurden mithilfe von Mehrebenenmodellen untersucht. Diese Analysemethode trägt der hierarchischen Datenstruktur des SOEP Rechnung, bei der sich mehrere Haushalte jeweils einem einzigen Interviewer zuordnen lassen.

Ergebnisse

Trotz eines großen allgemeinen Einflusses der Interviewer auf fast alle der untersuchten Indikatoren für Datenqualität konnten in der durchgeführten Analyse weniger Effekte der Erfahrung von Interviewern beobachtet werden, als auf Grundlage bisheriger Forschungsergebnisse zu erwarten gewesen wären. Die Mehrzahl der beobachteten Effekte lässt dabei aber auf einen insgesamt positiven Einfluss der Erfahrung auf die Datenqualität schließen, sowohl im Bereich des Nonresponse als auch des Measurement Error.

Auffällig war vor allem der Effekt des Workloads: Dieser erhöhte nämlich sowohl die Chance der Haushalte, kontaktiert zu werden, als auch ihre Chance, sich zur Kooperation zu entschließen. Zudem schien sich mit steigendem Workload die Item-Nonresponse-Rate bei Einkommensfragen zu verringern, was ebenfalls zu einer höheren Qualität der Daten beitrug.

Zu beachten ist bei der Interpretation dieser Ergebnisse allerdings, dass der Workload lediglich eine eher grobe Operationalisierung der erhebungsspezifischen Felderfahrung darstellt. Zudem könnte diese Variable auch als Proxy für ganz andere Mechanismen fungieren. Beispielsweise werden zuverlässigen und erfolgreichen Interviewern teils mehr Fälle zugeteilt als ihren Kollegen, die weniger gute Arbeit leisten. So könnte dieses Ergebnis auch Ausdruck für eine umgekehrte Kausalität sein und der Workload mit der Qualität der Daten ansteigen. Bedacht werden muss dabei auch, dass ein höherer Workload über einen Anstieg des Interviewer-Designeffekts wiederum zur Erhöhung der Varianz und damit zur Minderung der Datenqualität beiträgt. Die positiven Effekte des Workloads sollten also immer mindestens die dadurch entstehende Varianzerhöhung aufwiegen.

Ebenfalls einen ausschließlich positiven Effekt hatte die gleichzeitige Arbeit für weitere Erhebungsinstitute.

Dieser Umstand führte allerdings lediglich zu einer höheren Chance, Haushalte zur Teilnahme zu motivieren. Die anderen Qualitätsindikatoren wurden dadurch nicht beeinflusst. Eine Erklärung für diesen Effekt könnte sein, dass die Interviewer durch die Schulungen in unterschiedlichen Instituten insgesamt mehr Strategien an die Hand bekommen, um verschiedene Gruppen von Zielpersonen von der Teilnahme an einer Studie zu überzeugen.

Ein ähnlicher Mechanismus ließe sich auch für die gleichzeitige Arbeit für weitere Studien vermuten, was allerdings durch die vorliegenden Ergebnisse nicht bestätigt werden konnte. Im Gegenteil wurde die Chance zur Kooperation der Haushalte durch diesen Umstand sogar verringert. Als Grund hierfür könnte eine Überlastung der Interviewer durch mehrere parallel zu bearbeitende Studien sein, die dazu führt, dass sie Verweigerungen eher akzeptieren, um die Fälle schnell abschließen zu können.

Unerwartet waren vor allem die fehlenden Effekte der vorherigen SOEP-Erfahrung in Jahren sowie des Erfahrungszuwachses im Feldverlauf. Lediglich die Item-Nonresponse-Rate bei Einkommensfragen schien bei erfahrenen Interviewern tendenziell geringer zu sein. Die Chance zur Kooperation der Haushalte nahm dagegen im Laufe der Feldzeit eher ab als zu. Letzteres könnte darauf zurückzuführen sein, dass sich Haushalte, die schwer erreichbar sind und deshalb erst gegen Ende der Feldzeit abschließend bearbeitet werden konnten, systematisch von anderen Haushalten auf Dimensionen unterscheiden, die durch die zusätzlich in die Modelle aufgenommenen Variablen nicht kontrolliert werden konnten. Für die Qualität der Daten ist es also nach diesen Analyseergebnissen nicht relevant, ob die Interviewer bereits Erfahrung mit der betreffenden Studie haben oder nicht. Ein Grund für diese fehlenden Effekte könnte sein, dass die im SOEP eingesetzten Interviewer allgemein schon viel Erfahrung in persönlichen Interviews mitbringen.

Insgesamt konnten zwar, vor allem bei der Verhinderung von Nonresponse, weniger positive Effekte der Erfahrung von Interviewern beobachtet werden als erwartet. Dafür fanden sich aber auch keine negativen Effekte der Erfahrung. Die Datenqualität wird durch den Einsatz erfahrener Interviewer somit vielleicht nicht unmittelbar verbessert, der Einsatz dieser Interviewer lohnt sich aber dennoch. Durch ihre Erfahrungen mit den organisatorischen Gegebenheiten können sie sich schließlich voll und ganz auf die jeweiligen Studienanforderungen konzentrieren.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)

Das SOEP ist eine deutsche Panelstudie, bei der seit 1984 jährlich Haushalte und alle in ihnen lebende Personen ab 17 Jahren zu einer breiten Anzahl an Themen befragt werden. Sie zählt zu den zentralen sozialwissenschaftlichen Studien in Deutschland, wird aber auch für Forschung in anderen Disziplinen, wie etwa Wirtschaftswissenschaften, Psychologie oder Gerontologie, und als Grundlage für offizielle Berichte der Bundesregierung oder internationaler Organisationen verwendet. Angesiedelt ist die Studie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Im Laufe der Jahre hat sich die zu befragende Stichprobe immer wieder erweitert, sodass mittlerweile jährlich fast 15.000 Haushalte und damit 30.000 Personen vornehmlich in persönlichen Interviews (CAPI) befragt werden. Ab 2021 übernimmt infas die Erhebungen im Rahmen des SOEP.

Zusammenfassung der Effekte von Interviewererfahrung

	Erfolgreicher Kontakt	Kooperation des Haushalts	Item-Nonresponse (Einkommen)
Länge der Erfahrung	-	-	negativ+
Arbeit für andere Studien	-	negativ*	-
Arbeit für andere Institute	-	positiv**	-
Reihenfolge der Kontakte	-	negativ*	
Reihenfolge der Interviews			-
Workload	positiv***	positiv***	negativ+

+ p<0,10, * p<0,05, ** p<0,01, *** p<0,001

Quelle: Eigene Berechnung

infas

Zum Weiterlesen:
Ackermann-Piek, D. (2017). Interviewer Effects in PIAAC Germany 2012 (Diss., Universität Mannheim).
Biemer, P. P. & Lyberg, L. E. (2003). Introduction to Survey Quality. Hoboken: John Wiley & Sons, Inc.
Groves, R. M., Fowler, F. J., Couper, M. P., Lepkowski, J. M. & Singer, E. (2009). Survey Methodology. Hoboken: John Wiley & Sons, Inc.
Gwartney, P. A. (2007). The Telephone Interviewer's Handbook: How to Conduct Standardized Conversations. Jossey-Bass.
West, B. T. & Blom, A. G. (2017). Explaining Interviewer Effects: A Research Synthesis. Journal of Survey Statistics and Methodology, 5, 175–211.

Hochrechnen zulässig
Mit der infas-Zufallsstichprobe verlässliche Studien aufsetzen

Von Maurice Meyer und Joachim Scholz

Eine wesentliche Aufgabe der empirischen Sozialforschung ist es, möglichst genau die Verteilung bestimmter Charakteristiken innerhalb einer Population zu schätzen. Nach gegenwärtigem Stand der Wissenschaft ist dazu eine Erhebung auf Basis einer Stichprobe mit Zufallsauswahl zwingend erforderlich. infas bietet nun mit der infas-Zufallsstichprobe ein Instrument an, das diese Vorgabe erfüllt und insbesondere für kleinere Erhebungen handfeste Vorteile aufweist.

Entscheidend für die Güte einer sozialwissenschaftlichen Studie ist schließlich nicht zuletzt das Verfahren zur Auswahl von Personen etwa für ein standardisiertes Interview. Lediglich eine Stichprobe per Zufallsauswahl (Probability Sample) gewährleistet, dass alle Personen der Grundgesamtheit mit einer bekannten bzw. berechenbaren Wahrscheinlichkeit in diese Auswahl gelangen. Das ist wiederum die Grundvoraussetzung, um die Ergebnisse aus der Befragung der Stichprobe auf die Grundgesamtheit hochzurechnen. Denn bekannte Auswahlwahrscheinlichkeiten für jedes Mitglied der Stichprobe erlauben die Anwendung inferenzstatistischer Verfahren und damit die Berechnung von Fehlern, die bei einem Schluss von der Stichprobe auf die Gesamtpopulation zu berücksichtigen sind (Schnell/Hill/Esser 2008).

Gerade bei Ad-hoc-Untersuchungen werden allerdings oft Busbefragungen oder Online-Access-Panels genutzt. Dabei werden meist Quotenstichproben gezogen. Bei dieser anhand von Randverteilungen (Alter, Geschlecht, u. a.) getroffenen Auswahl von Untersuchungspersonen ist die Nutzung inferenzstatistischer Methoden jedoch nicht zulässig. Bei Hochrechnungen auf die Gesamtpopulation sind daher deutliche Abweichungen von der Realität nicht auszuschließen.

Kurzum – nur Zufallsstichproben ermöglichen es, die Genauigkeit einer Schätzung von Merkmalen einer Population zuverlässig anzugeben. Die Bedeutung dessen ist kaum von der Hand zu weisen. Durch als „Falschmessungen“ wahrgenommene Ergebnisse erscheinen Umfragestudien zum Teil nicht ganz zu Unrecht in einem unrühmlichen Licht. So sind aktuellen Analysen zufolge fehlerhafte Vorhersagen zum Wahlausgang in Großbritannien 2015 auch auf die Verwendung von „Non-Probability Samples“ zurückzuführen (vgl. Cornesse et al. 2020).

Die infas-Zufallsstichprobe

Um dem Trend zum vermehrten Einsatz von Online-Umfragen und Non-Probability Samples mit einem zeitgemäßen Lösungsansatz zu begegnen, hat sich infas dazu entschieden, ein eigenes Panel zur Umsetzung von persönlichen, telefonischen, online durchgeführten oder schriftlichen Befragungen auf Grundlage einer Zufallsauswahl aufzubauen. Das Panel trägt den Markennamen infas-Zufallsstichprobe. Die Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer werden kontinuierlich mittels einer Dual-Frame-Telefonstichprobe für Deutschland (nach ADM-Standard) rekrutiert. Dual-Frame-Stichproben schließen sowohl Festnetz- als auch Mobilfunkanschlüsse ein und weisen damit stichprobentheoretisch eine optimale Abdeckung der Grundgesamtheit auf.

Die infas-Zufallsstichprobe umfasst nach aktuellem Stand rund 8.500 Personen. Für die Mehrheit liegen neben der Telefonnummer weitere Kontaktdaten (Anschrift oder E-Mail-Adresse) vor. Im Rahmen der Rekrutierung für das Panel werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereits ausführlich zu zahlreichen

soziodemografischen Merkmalen und verschiedenen Aspekten ihres Lebens befragt, die kontinuierlich aktualisiert werden. Diese Daten eignen sich zur Bestimmung von Subgruppen (z. B. Erwerbstätige, Personen mit Kindern im Haushalt, Religionszugehörigkeit) innerhalb der Panelpopulation und liegen zudem für Ad-hoc-Studien auf Basis des Panels flächendeckend vor, sodass sie nicht erneut erhoben werden müssen.
Gegenwärtig werden durch die laufende Rekrutierung monatlich rund 450 neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer für das Panel gewonnen. Durch bewährte Panelpflegemaßnahmen wird eine solide Ausschöpfung erreicht.

Flexible Lösungen für diverse Anwendungsgebiete
Mit der infas-Zufallsstichprobe lassen sich Studien in einem oder mehreren Erhebungsmodi durchführen. Dieser Multimethod-Ansatz wird bei infas in zahlreichen Studien bereits erfolgreich angewendet. Die Option für die Befragten, sich die Erhebungsmethode auch kurzfristig selbst auswählen zu können, erhöht die Ausschöpfung, was wünschenswert ist.
Anders als gängige Online-Access-Panels auf Basis selbstrekrutierter Stichproben bietet das Panel von infas die Möglichkeit, Online-Befragungen auf Grundlage eines Probabilty Samples durchzuführen. Die infas-Zufallsstichprobe ist damit für diverse Anwendungsgebiete hervorragend geeignet. Sie bietet sich an für Bevölkerungsumfragen, zur Durchführung von Survey-Experimenten oder für Pilotstudien und erlaubt Prävalenzermittlungen und die Nutzung von Screening-Verfahren.
Für jede Untersuchung erfolgt eigens eine Gewichtung der Befragungsdaten auf Basis der für alle Panelteilnehmer bekannten Auswahlwahrscheinlichkeiten. Soziodemografische Daten müssen nicht eigens erhoben werden, wodurch Befragungszeit bzw. Kosten gespart werden. Sie können aus einer Datenbank zugespielt werden, die ständig im Rahmen von Wiederholungsbefragungen aktualisiert wird. Zudem können im Rahmen der Datenaufbereitung optional Regionaldaten oder einzelne Variablen zur Lebenslage der Befragten ergänzt werden.
Das jeweilige Endprodukt – präzise gewichtete Befragungsdaten – lässt es zu, Schlussfolgerungen über die Verteilung interessierender Merkmale und Merkmalskombinationen in der Grundgesamtheit zu ziehen. Je nach Fragestellung und gewünschter Auswertungstiefe können dabei deskriptive oder komplexere, multivariate Analyseverfahren angewendet werden.
infas ist nach ISO 20252 zertifiziert. Studien auf Basis des neuen Instruments, der infas-Zufallsstichprobe, entsprechen höchsten wissenschaftlichen Anforderungen. Das Leistungsspektrum von infas umfasst alle Aspekte von der Entwicklung des Untersuchungsdesigns und der Erhebungsinstrumente bis hin zur Datenauswertung und -analyse. Mit der infas-Zufallsstichprobe bieten wir auch zukünftig flexible und effiziente Lösungen für Forschungsvorhaben der Wissenschaft, von Politik und Unternehmen.

Auf einen Blick: Die infas-Zufallsstichprobe

Grundgesamtheit	Deutschsprachige Personen ab 18 Jahren in Privathaushalten
Auswahlverfahren	Zweistufiges Auswahlverfahren: Dual-Frame-Zufallsstichprobe nach ADM-Standard (Festnetz- und Mobilfunkanschlüsse) Zufallsauswahl von zu befragenden Personen in Mehrpersonenhaushalten mit „Last-Birthday-Verfahren“
Fallzahl	Rund 8.500 Panelteilnehmer (Stand Dezember) Zuwachs monatlich rund 450 Panelteilnehmer
Potenzielle Erhebungsmethoden	Telefonische Befragung (CATI) Persönliche Interviews (CAPI) Online-Befragung (CAWI) Schriftliche Befragung (PAPI)
Anwendungsgebiete	Sozialwissenschaftliche Studien Prävalenz-Ermittlung Survey-Experimente Pilotstudien Screenings
Optionale Leistungen	Zuspielung von Regionaldaten Zuspielung des infas-Lebenslagenindex (ilex) Deskriptive und multivariate Analysen
Gewichtung der Befragungsdaten	Zweistufige Berechnung von Hochrechnungsfaktoren: Designgewichtung zur Kompensation unterschiedlicher Auswahlwahrscheinlichkeiten Adjustierung der Designgewichte zur Kompensation unterschiedlicher Wahrscheinlichkeiten der Antwortgewährung/ Teilnahme

Erläuterungen: CATI = Computer Assisted Telephone Interview, CAPI = Computer Assisted Personal Interview, CAWI = Computer Assisted Web Interview, PAPI = Paper and Pencil Interview. Alle Erhebungsmethoden können in Single- oder Multimode-Erhebungen zum Einsatz kommen.

Quelle: infas

Zum Weiterlesen:
Cornesse, C. und Blom, A. et al. (2020): A Review of Conceptual Approaches and Empirical Evidence on Probability and Nonprobability Sample Survey Research. In: Journal of Survey Statistics and Methodology 8/2020, Oxford University Press.
Gilberg, R. (2018): Irreführungen, Intervalle, Trump und Brexit. In: Lagemaß Nr. 6, 2018, infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft.
Schnell, R., Hill, P. B., Esser, E. (2008): Methoden der empirischen Sozialforschung. München: Oldenbourg Verlag.
Smid, M. (2020): Die Digitalisierung der Empirie reißt Lücken. In: Lagemaß Nr. 9, 2020, infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft.

Splitter

Sep Studie

infas führt das SOEP durch, 2020
infas führt ab 2021 und für die kommenden fünf Jahre die Erhebungen für das Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) durch. Die 1984 ins Leben gerufene Untersuchung ist die größte und am längsten laufende multidisziplinäre Langzeitstudie für die evidenzbasierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaft in Deutschland. Mehr als 500 Forscherinnen und Forscher weltweit nutzen kontinuierlich die im Rahmen des SOEP erhobenen Daten, um zahlreiche ganz unterschiedliche sozialwissenschaftliche Probleme und Phänomene zu analysieren.

Dez Studie

Update der Vermächtnisstudie, 2020
Im Jahr 2016 wurde die Studie „Das Vermächtnis – Die Welt, die wir erleben wollen" ins Leben gerufen. Sie ist ein Kooperationsprojekt des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, der ZEIT und des infas-Instituts. Seither wurden verschiedene erneute Erhebungen zum Update der Ergebnisse durchgeführt, so auch im Jahr 2020. Rund 1.400 Personen wurden im Mix telefonisch und online befragt. Dabei wurden wesentliche Fragestellungen der bisherigen Erhebungen zur Vermächtnisstudie repliziert, aber auch neue Fragen, etwa im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie oder der Klimakrise, neu mit aufgenommen. Über die Ergebnisse der neuen Erhebung wird die Wochenzeitung DIE ZEIT in den kommenden Monaten berichten.

Sep Studie

Datenplattform zu Corona, 2020
infas und die Unternehmensschwester infas 360 wurden mit dem Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit (IHPH) der Universität Bonn vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) beauftragt, eine begleitende Datenplattform zur SARS-CoV-2-Epidemie aufzubauen. In dieser sollen kontinuierlich Rahmendaten, pandemiebedingte Entwicklungen und Eindämmungsmaßnahmen auf regionaler Basis erfasst werden. Die Datenplattform dient als Grundlage für statistische Analysen und Modellbildungen und damit letztlich der evidenzbasierten Politikberatung. Aufgrund der bestehenden umfangreichen und kleinräumigen Datenbanken von infas 360 konnte der Grundstock der Datenbank sehr kurzfristig realisiert werden. Eingeflossen sind auch Vorarbeiten des IHPH, das für die Entwicklung des Corona-Dashboards des Robert Koch-Instituts mitverantwortlich war. infas wird die statistische Analyseexpertise, einschließlich der Kompetenzen bei der Zusammenführung und anspruchsvollen Auswertung komplexer Datenbestände, beisteuern. Das Projekt wird von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet.

Aug Studie

Mobilitätstrends und die Cybersicherheit im Güterverkehr, 2020
Mobilitätsstudien im Auftrag der Continental AG führt infas seit 2011 durch. 2020 wurden aktuelle Mobilitätstrends und Themen wie Nachhaltigkeit, Umweltschutz, automatisiertes Fahren, Vernetzung und integrierte Transportsysteme erforscht. Neben Deutschland standen Frankreich, die USA, Japan und China im Fokus. Dabei wurden neue Aspekte und auch Veränderungen in den Einstellungen und Nutzungsmustern der Bevölkerung untersucht. Relevant war auch der Einfluss der Corona-Pandemie auf die Alltagsmobilität der Bevölkerung. Zusätzlich wurden zum Thema Cybersicherheit im Güterverkehr Branchenexperten und ein Branchenpanel mit zufällig ausgewählten Unternehmen aus dem Transportbereich in Deutschland befragt. Die Ergebnisse zeigen eine „digitale Kluft" beim Thema Digitalisierung und Cybersicherheit zwischen den großen Logistikkonzernen und den häufig vergleichsweise kleineren Transportunternehmen.

Okt Studie

Sicherheit und Kriminalität in Deutschland, 2020
Im Herbst 2020 startete die erste Erhebung der Studie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland" (SKiD), die zukünftig in einem zweijährigen Zyklus durchgeführt werden soll. Im Zentrum der Befragung stehen unter anderem das Sicherheitsgefühl, die Kriminalitätsfurcht und das Anzeigeverhalten der Bevölkerung sowie deren Einstellungen gegenüber der Polizei. infas wurde mit der Durchführung der Befragung beauftragt. Die Erhebung wird schriftlich-postalisch und online durchgeführt. Es werden bundesweit mehr als 120.000 Personen um ihre Teilnahme gebeten. Die aktuelle Befragung ist die größte zu diesem Themenkomplex in Deutschland und baut auf den beiden bisherigen Erhebungen zur Vorgängerstudie, dem Deutschen Viktimisierungssurvey, auf. Diese hatte ebenfalls infas 2012 und 2017 für das Bundeskriminalamt telefonisch durchgeführt.

Nächste Ausgabe
Frühsommer 2021

In der kommenden elften Lagemaß-Ausgabe befassen wir uns mit dem Thema Luxus. Das umfasst für uns weit mehr als Gold, Juwelen und schnelle Autos. Vielmehr wollen wir den Begriff weiter fassen und ermitteln, was neben den klassischen Reichtümern aus Sicht der Gesellschaft „wahrer“ Luxus ist.

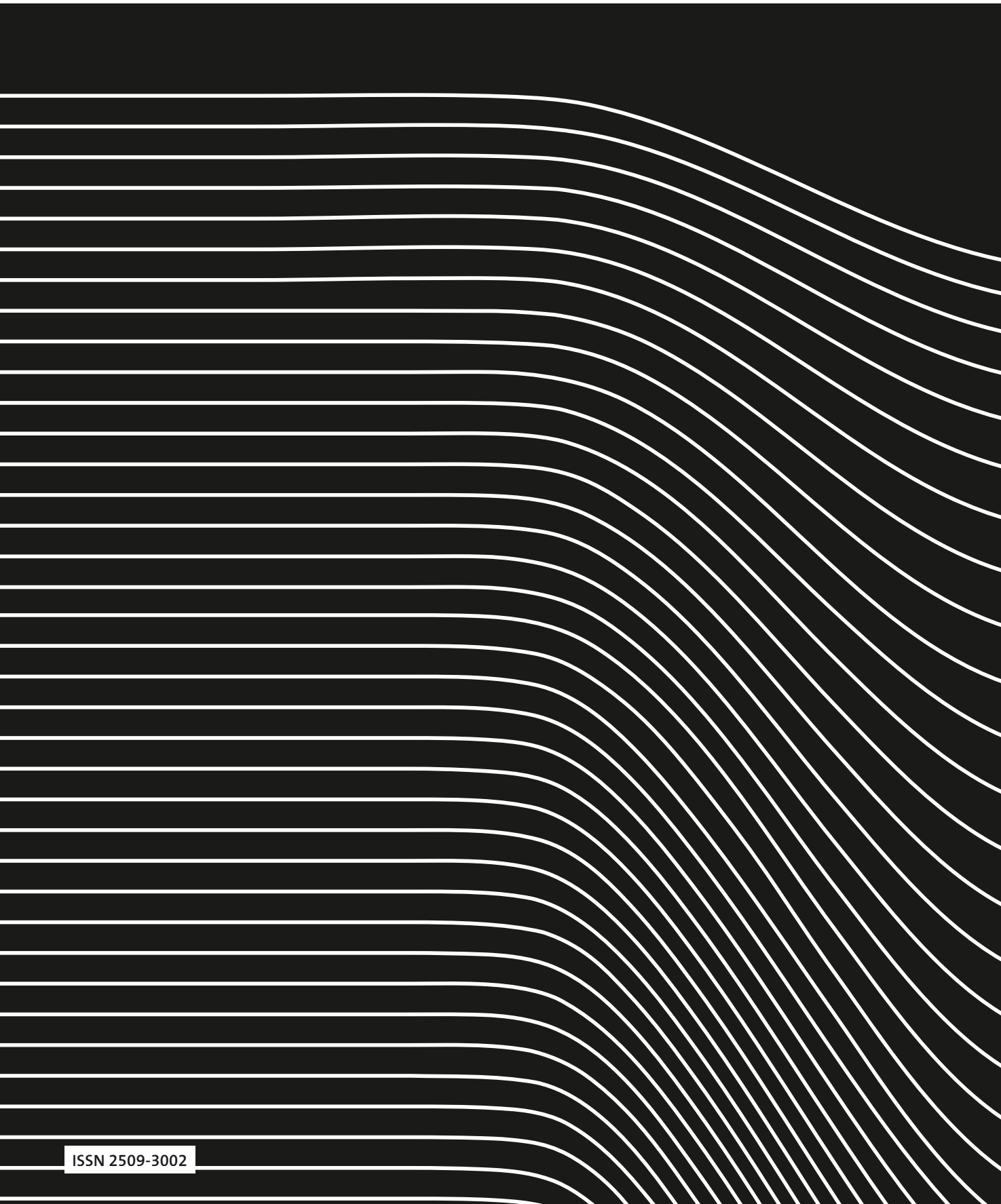
3.106

Karat, das entspricht etwa 621Gramm, hat der größte bisher gefundene Diamant. Er wurde 1905 in Südafrika entdeckt. Der Cullinan-Diamant wurde in Amsterdam in 105 Steine gespalten. Die größeren Exemplare sind Teil der britischen Kronjuwelen und befinden sich im Tower of London.

Impressum
Herausgeber: infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH
Redaktion: Robert Follmer, Doris Hess, Joachim Scholz, Menno Smid
Gestaltung: kognito gestaltung, Berlin, Astrid Blome, Birgit Geisler (beide infas)
Autoren: Robert Follmer, Armando Häring, Maurice Meyer, Theresa Müller, Joachim Scholz, Menno Smid, Jacob Steinwede, Jennifer Weitz
Externe Autoren: Kai Unzicker, Bertelsmann Stiftung
Innenteil: 1:1 Concerts (www.1to1concerts.de), Astis Krause (Fotografin), Paula Winterberg (Fotografin), Jörg Simanowski/Sächsische Staatskapelle Dresden/Markenfotografie (Fotograf), Felix Winker (Text)
Schlusskorrektur: Katja Treu, Imprimatur
Anschrift: infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH, Friedrich-Wilhelm-Straße 18, 53113 Bonn

ISSN 2509-3002

Lagemaß ist eine Publikation des infas Instituts für angewandte Sozialwissenschaft GmbH in Bonn. Wir beleuchten darin gesellschaftliche Themen aus Institutssicht, zeigen aktuelle Studienergebnisse und Einblicke in die Arbeit von infas. Lagemaß-Beiträge sind auch im infas-Weblog (blog.infas.de) zu finden, die digitale Version und Abonnement-Optionen online unter www.lagemass.de



ISSN 2509-3002